

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1926

113 (9.3.1926) Morgenausgabe

Bezugspreis frei ins Haus halbjährlich 1,50 M. im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 1,40 M. Durch die Post monatlich 2,60 M. zuzügl. 75 c. Zustellgeb. Einzelpreise: Werbungsnummer 10 S., Sonntagsnummer 15 S. — Im Fall höherer Gewalt hat der Bezugsnehmer keine Ansprüche bei verspäteter oder nicht-erhalten der Zeitung. Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. auf den Monatsletzten angenommen werden. Anzeigenpreise: Die 10spaltige Kopfzeile 0,32, ausw. 0,40 Goldm. Stellen-Gelände, Familien- und Gelegenheits-Anzeigen ermäßigter Preis. — Gesamtpreis 1,50, an erster Stelle 2.— Goldm. Bei Wiederholung tarifierter Rabatte, bei bei Nichterhaltung des Blattes, bei gerichtlicher Berechtigung und bei Konkursen außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Badische Presse

Neue Badische Presse

Handels-Zeitung
Verbreiteste Zeitung Badens.

Badische Landeszeitung

Karlsruhe, Dienstag, den 9. März 1926.

Eigentum und Verlag von: Ferdinand Hiergarten
Gesamtleitung: Dr. Walter Schuebe
Redaktionsleiter: Dr. W. Holzner; für deutsche Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. Bräuer; für ausländische Politik: Dr. Kimmig; für Sozial- und Wirtschaftspolitik: Dr. Binder; für das Reich: Dr. G. Müller; für Ober- und Konzeptsachen: Dr. Gertel; für Handelsnachrichten: Dr. F. Reib; für die Anzeigen: Dr. Rindfleisch; alle in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Weiger. Fernsprechnr.: 4050 4051 4052 4053 4054. Geschäftsstelle: Bittel- und Lammstraße 6. Postcheckkonto: Karlsruhe Nr. 8359. Beilagen: Post und Heimat / Literarische Umschau / Romanblatt / Sportblatt / Frauenzeitung / Wander und Reisen / Haus und Garten / Karlsruher Betriebs-Zeitung.

Die Vollversammlung des Völkerbundes.

Gedrückte Stimmung. — Der Portugiese Alfonso da Costa zum Präsidenten gewählt. — Einmütigkeit über die große Bedeutung des Eintritts Deutschlands. — Die Furcht vor der Blamage. — Das brasilianische Kaffeegeschäft.

Im Parlament der Nationen.

(Drahtmeldung unseres nach Genf entsandten Chefredakteurs.)
Dr. W. Sch. Genf, 8. Januar.
Die Vertreter von 26 europäischen, 12 amerikanischen, 5 asiatischen und zwei australischen Staaten haben sich heute nachmittags im Reformationsaal in Genf zu der ersten außerordentlichen Session des Völkerbundes zusammengefunden. Sechzehn Staaten sind durch ihre gegenwärtigen Kabinettschefs oder Außenminister vertreten, die meisten übrigen Staaten durch Persönlichkeiten, die früher einmal in ihrem Lande das Amt des Ministerpräsidenten oder Außenministers bekleidet haben. Es ist wirklich ein eigenartiges Parlament der prominenten Politiker aus allen Erdteilen, das heute lediglich zu dem einen Zweck zusammentritt, um sich mit Deutschland zu beschäftigen. Es kommt so schon äußerlich zum Ausdruck, welche große Bedeutung der Völkerbund und die in ihm vertretenen Staaten der Mitgliedschaft Deutschlands beimessen. Allerdings ist eine gedrückte Stimmung in der ganzen Versammlung von vornherein unverkennbar, und auch die Rede des heute gewählten Präsidenten Alfonso da Costa, der mit viel schaukelndem Pathos und schon gefassten Phrasen den Geist von Locarno feierte, der Deutschland nach Genf geführt habe, und dem Völkerbund dadurch seinen endgültigen Charakter als Bewahrer des Weltfriedens und als Förderer der menschlichen Kultur gebe, konnte den Druck nicht von der Versammlung nehmen. So oft auch Costa eine Beifall heischende Theaterpose machte, blieben die äußeren Zeichen der Zustimmung, mit denen man hier sonst nicht zu zeigen pflegt, immer aus. Erst zum Schluss seiner Ausführungen wagte die Versammlung, nachdem Chamberlain den Anfang gemacht hatte, ein mäßiges Beifallsstöhnen. Es ist ja nun wirklich kein angenehmes Gefühl für dieses Parlament der Staatsmänner, das heute vor fertige Tatsachen gestellt zu werden hoffte, zunächst einmal ins Blaue hinein reden und handeln zu müssen, mit der Sorge, dass man sich vor der ganzen Welt, vor allem vor den Vereinigten Staaten von Amerika, zu denen hin Costa heute wieder eine flehenlich einladende Worte machte, blamieren könnte, wenn der ganze Lärm und das ganze Theater schließlich umsonst gewesen wären.

Chamberlain, der bei dem Fehlen Briands als Vater der Locarnokonferenz, die den Ausgangspunkt für diese Versammlung gab, sich als die führende Persönlichkeit dieses Parlamentes fühlte, weicht sich geschickt in Pose zu setzen. Er nimmt sich viel Zeit, schafft genügend Zwischenraum zwischen sich und den vor ihm abstimmen den Brasilianer und geht in berechnetem, gemessenem Schritt über die Bühne, während die Scheinwerfer für die Photographen aufblitzen, um den Moment im Bilde festzuhalten. Für Frankreich gibt Boncompagni die Karte ab, für Italien nicht Scialoja, sondern der Freund Mussolinis und Aufpasser für Scialoja, Grandi, der schon während der Rede des Grafen Tschili durch laute, fördernde Unterhaltung wohl die Mißachtung des Faschismus gegenüber dem Völkerbund zum Ausdruck zu bringen schien. Tschili's große kräftige Erscheinung lenkt noch einmal die Aufmerksamkeit auf die Estrade. Die Auszählung der Stimmen ergibt 36 von 48 abgegebenen Stimmen für Alfonso da Costa, dem Tschili den Präsidentenposten räumt.
Der frühere Ministerpräsident eines Staates, der einer unserer Gegner im Weltkrieg war, wird also die deutschen Vertreter, wenn sie am Donnerstag auf den Bänken des äußersten rechten Flügels gerade unter der Estrade und einige Bänke hinter Chamberlain ihren Platz einnehmen sollten, zum ersten Male in diesem Verein der Nationen begrüßen, vorausgesetzt, daß bis dahin die Wolken am politischen Himmel ebenso verschwinden wie heute über dem Genfer See. Costa, eine untergeordnete Gestalt mit unduzierter Friiur und gepflegtem Spitzbart, stellte in seiner Rede einen Optimismus zur Schau, der in der gegenwärtigen Situation doch etwas reichlich übertrieben wirkt. Das ist offenbar auch das Gefühl der Versammlung, die da Costa trotz aller offensichtlichen Bemühungen und trotz seiner südländischen oratorischen Fähigkeiten nicht zu Beifallsäußerungen vor dem Schluss der Rede bewegen kann. Außer seinen Lobpreisungen für das Werk von Locarno, den Dankesäußerungen an Briand und Chamberlain und den kühnsten Hoffnungen auf die künftige Entwicklung des Völkerbundes und der indirekten Einladung an die Vereinigten Staaten weiß er nichts von Bedeutung zu sagen. Nach seiner Rede werden die Kommissionen gewählt, die sich mit dem deutschen Aufnahmegesuch beschäftigen sollen und in der Vollversammlung zu berichten haben.
Der Apparat ist also aufgezogen. Das Spiel kann beginnen, wenn die Aulissenhieder rechtzeitig fertig werden. Die deutsche Delegation kann vorläufig mit verstrickten Armen zusehen und abwarten, wie und ob Chamberlain mit den Spaniern und Brasilianern fertig wird. Es fällt nicht ganz leicht, die Geister wieder los zu werden, die man selbst rief. Komplizierter wird die Sache, wenn die hier vielfach geäußerte Vermutung zutrifft, daß hinter der Haltung Brasiliens Einflüsse aus Washing-

ton zu suchen wären, die das direkte Ziel verfolgen würden, die Konsolidierung des Völkerbundes zu verhindern, die schließlich auch den Vereinigten Staaten den Eintritt notwendig erscheinen lassen müßte und sie in vorläufig noch unerwünschte Zusammenhänge hineinziehen würde. Wir möchten diese Kombination als etwas weit hergeholt ansehen, wie sie auch innerhalb der deutschen Delegation betrachtet wird. Vielleicht gelingt es Herrn Chamberlain doch, mit den Brasilianern das Kaffeegeschäft abzuklären, das sie von ihrer intransigenten Haltung abbringt.

Die neuen Vizepräsidenten des Völkerbundes.

U. Genf, 8. März. Die Völkerbundsvollversammlung hat folgende Delegierte zu Vizepräsidenten ernannt: Scialoja (Italien), Tschili (Japan), Sir Allen (Neuseeland), Caballero (Paraguay), Titulescu (Rumänien), Morales (San Domingo).

Chamberlains Bericht in London.

v. D. London, 8. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Das Foreign Office erhielt heute den ersten Bericht Chamberlains über die Verhandlungen in Genf bezüglich der Aufnahme Deutschlands. Man gibt zu verstehen, daß Chamberlain mittelst, die ersten Verhandlungen hätten sich in durchaus freundschaftlichem Geiste vollzogen, doch hätten sie noch kein positives Ergebnis gezeitigt. Chamberlain zweifelt jedoch nicht, daß sofort nach der Rückkehr Briands ein allgemeines Einvernehmen zu Stande kommen würde.

Amerikanische Urteile.

(Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“.)
JNS. Washington, 8. März. Obwohl Genf die amerikanische Öffentlichkeit bei weitem nicht in dem Maße interessiert, wie es bei Locarno der Fall war, so bringen die führenden Blätter doch spaltenlange Berichte, deren Haupttendenz ein Hinweis auf „ernste Konsequenzen für Europa“ ist im Falle, daß die Genfer Tagung scheitern sollte. Die in Genf weilenden amerikanischen Berichtserstatter tabellieren fast übereinstimmend, daß die Gefahr eines Scheiterns zur Stunde durchaus besteht. Sie betonen, daß, wenn die Tagung in Unfrieden auseinandergehen sollte, der Völkerbund in seiner jetzigen Form, in seinem jetzigen Lebensstadium gestroffen wäre. Dann würde auch Locarno seinen bereits sprachwörtlich gemordenen Geist aushauchen.
Alle Verleugere seitens der Presseleute Washingtons, vom Präsidenten Coolidge eine Meinungsäußerung zu erlangen, schlugen fehl. Andererseits waren ausgesprochene Gegner des Völkerbundes schnell bei der Hand mit triumphierenden Erklärungen, daß die „diplomatische Kauferei“ um Ratifizierung eines schlagenden Beweises für die tatsächliche Nichtigkeit und Impotenz des Völkerbundes liefere. Die lazierende Rolle Chamberlains wird von manchen Blättern ironisch kommentiert.

Die französische Kabinettskrise

Wiederkehr Briands? Poincaré bringt sich in Empfehlung.

F.H. Paris, 8. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der Präsident der Republik Doumergue begann heute sofort nach seiner Rückkehr mit den üblichen Besprechungen zur Lösung der Krise. Aber entgegen den früheren Gepflogenheiten empfing er nicht den Kammer- und nicht den Senatspräsidenten, sondern den toeben aus Genf zurückgekehrten Briand, der allerdings mit mehr als einer Stunde Verspätung in Paris eingetroffen war. Sein Zug erlitt einen Unfall, die Koppelung brach. Der Schaden konnte aber nach anstrengender Arbeit wieder behoben werden. Nach der Besprechung mit dem Präsidenten sagte Briand, daß er diesem nur über die Genfer Verhandlungen Bericht erstatten habe.
Briand wird am Mittwoch laum nach Genf abreisen können. Wenn die französische Ministerkrise ihren normalen Verlauf nimmt, werden sich die Dinge, wie wir auf Grund zahlreicher Gespräche, die unser Korrespondent heute in den Wandelgängen der Kammer mit ehemaligen Ministern und Abgeordneten hatte, mitteilen können, folgendermaßen abspielen: Der Präsident der Republik wird morgen mittag oder spätestens nachmittags Briand aufsuchen, ein neues Kabinett zu bilden. Briand wird den Antrag des Präsidenten ablehnen, weil er nicht die Überzeugung hat, daß er in der Kammer eine große Mehrheit finden könnte. Der Präsident wird nach Briands Ablehnung Herriot den Auftrag zur Kabinettsbildung geben, doch wird dieser die Berufung ebenfalls ablehnen, vor allem deshalb, weil er selbst nur das Außenministerium übernehmen könnte, welches aber Briand erhalten bleiben soll. Nach dieser Ablehnung Herriots wird der Präsident neuerlich Briand befragen und diesen dringend auffordern, schon mit Rücksicht auf die Tagung des Völkerbundes in Genf ein Opfer zu bringen und das Kabinett zu bilden. Man ist allgemein zu der Annahme geneigt, daß Briand schließlich sein Widerstreben aufgeben und das Kabinett bilden werde, aber nur unter der Voraussetzung, daß Herriot sich verpflichtet, die Radikalsocialisten zur vollkommenen Unterstützung der neuen Regierung zu verpflichten. Finanzminister würde im neuen Kabinett Briand de Monzie werden. Da Briand für die Zusammenstellung seines Ministeriums wenigstens vierundzwanzig Stunden brauchen wird, würde er nicht vor Donnerstagabend nach Genf abreisen können.
Ueber die übrigen Verhandlungen zwischen Doumergue und den verschiedenen Parteiführern Bericht zu erstatten, davon kann abge-

sehen werden. Schließlich hat man daselbe Schauspiel in den letzten elf Monaten dreimal erlebt. Wichtiger ist aber, was in den Wandelgängen der Kammer vorgeht. Es ist geradezu erstaunlich, mit welchem Eifer Abgesandte Poincarés, die ihre Mission gar nicht verleugnen, für ihn Stimmung machen und besonders mit den Freunden Herriots zu einem Einvernehmen kommen wollen. Sie behaupten, daß Poincarés von dem einflussreichen Pariser Bankdirektor Fimaly von der Bank de France unterstützt werde, damit er das finanzielle Vertrauen wieder herstellen könnte. Unmöglich wäre ein solcher Einfluß Fimalys nicht. Allerdings will an die Möglichkeit einer Rückkehr Poincarés auch als Finanzminister niemand recht glauben.

Von den Parteien nahmen die Radikalsocialisten und republikanischen Sozialisten Stellung. Beide prachen sich dafür aus, daß nur eine Regierung des Linksblocks gebildet werden soll.

Aus dem englischen Unterhaus.

v. D. London, 8. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Im Unterhaus erklärte heute der Präsident des Handelsamtes auf eine Anfrage, daß den englischen Industriefirmen, die nach Rußland ausführen, keine Kredite bewilligt werden könnten. Der Kolonialminister teilte sodann mit, daß die englische Regierung die Hoffnung habe, daß alle Ministerpräsidenten der Dominions der Reichskonferenz beizuhören könnten, die im nächsten Herbst abgehalten werden soll. Auf dieser Konferenz wolle die englische Regierung mit den Vertretern der Dominions die Situation erörtern, wie sie durch die Unterzeichnung des Paktes von Locarno geschaffen wurde.

Houghton nach Amerika abgereist.

U. London, 8. März. Der amerikanische Botschafter Houghton hat sich am Sonntag auf dem Dampfer „President Roosevelt“ nach Amerika eingeschifft.

Schwere spanische Niederlage bei Tetuan.

U. Paris, 8. März. (Draht.) Nach den letzten Nachrichten aus Marokko hat die spanische Offensive zu einem schweren Mißerfolg geführt. Der Führer der spanischen Fremdenlegion, der bei dem Angriff bei Tetuan schwer verwundet wurde, ist gestorben. Die Anzures und Dieballas, die sich kürzlich den Spaniern unterworfen hatten, haben wieder die Waffen ergriffen. Die Verluste der spanischen Fremdenlegion sind außerordentlich groß. Den Kistruppen gelang es, an einigen Stellen die spanischen Linien zu durchbrechen und dabei auf eine Weise an Tetuan heranzukommen.

Schon lange vor Beginn der Sitzung waren die Vertreter der meisten Staaten versammelt und in eifrigem Gedankenaustausch über die Fragen des Tages begriffen. Chamberlain allein sah ruhig und mit sorgenvoller Miene auf seinem Platz, ohne selbst seinen Nachbarn den gebengten, abtarnischen, schlafköpfigen Sir Robert Cecil ins Gespräch zu ziehen. Einige Bänke hinter ihm neigt auch Banderolle sorgenvoll das Haupt in die Hand. Zwischen beiden sitzen die Brasilianer in lebhaft wechselnder Unterhaltung mit verschiedenen Delegationsvertretern. Sie scheinen sich mit Stolz der Tatsache bewußt, daß sie in den Mittelpunkt des politischen Interesses gerückt sind und daß von ihnen der Ausgang der Dinge hier zu einem großen Teil abhängt. Die plattgedrückte Nase von Loucheur und der weiße Boubitopf von Boncour, die sich auf den kanadischen Bänken räkeln und nacheinander mit Beneh, mit dem schwedischen Vertreter Frithjof Ransjen und dem Polen Strzyski sich unterhalten, sind eine Weile der Mittelpunkt des Bildes. Unter den indogermanischen Gesichtern sind viele asiatische und exotische Typen. In der vorderen Reihe des einen Blocks fällt die große, tiefschwarze, krausköpfige Erscheinung eines abessinischen Fürsten, eines prachtvollen Othello-Typs auf. Der schwarze Turban des persischen Prinzen Afra ragt aus der Mitte des Saales hervor. Japaner, Chinesen und Neger mischen sich überall in das Bild. Die Dürftigkeit des Saales ist durch eine Traperie braun verdeckt; der Notwendigkeit eines neuen Hauses für den Völkerbund wird sich wohl niemand in der Versammlung verschließen.
Pünktlich um drei Uhr eröffnet der japanische Graf Tschili als Ratsvorsitzender die Versammlung mit einer Rede, in der er die Bedeutung des Ereignisses des deutschen Aufnahmegesuches betont, das zum ersten Mal Anlaß zur Einberufung einer außerordentlichen Versammlung gegeben habe. Mit Stolz weist er darauf hin, wie prompt der Organismus des Völkerbundes bei wichtigen Anlässen zu arbeiten vermag. Am Tage des Aufnahmegesuches noch sei der Rat zusammengetreten, und einen Monat später schon könnten die offiziellen Vertreter der Mehrzahl aller Staaten der Welt zusammenkommen, um sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Das sei zweifellos ein einzigartiges Ereignis und gebe den Beweis für die Wirkungskraft des Völkerbundesapparates in wichtigen Fällen, die das Interesse einer großen Anzahl von Nationen beanspruchten. Zum Schluß seiner Eröffnungsrede glaubte Graf Tschili die Gefühle aller Vertreter dahin zusammenfassen zu können, daß er Einmütigkeit der Auffassung darüber feststellte, daß das Ereignis, das die Versammlung veranlaßt habe, von der denkbar größten Bedeutung sei. Eine große Nation werde sich zum Eintritt in den Völkerbund. Darin würde man den Beweis erblicken, daß die Bande, die die Völkerbundsmitglieder vereinen, wenn sie auch in der Anwendung noch unvollkommen erscheinen, doch in dem Geist der internationalen Gleichheit, der sie befehle, immer mehr und mehr Hoffnungen erwecken und das Gewissen der ganzen Welt bestimmen werden.
Nach Tschilis Eröffnungsrede trat eine kurze Pause ein, in der eine auf Vortrag des schweizerischen Bundesrats Motta gewählte Kommission die Anwesenheitsliste prüfte. Bei Wiederzusammentritt der Versammlung wird bekannt gegeben, daß die Vertreter von 48 Staaten genügend legitimiert sind und daß 7 Mitglieder, außer Argentinien noch einige mittelamerikanische Kleinstaaten, keine Vertreter geschickt haben. Dann wird zur Präsidienliste nachgegriffen. Die Länder werden alphabetisch aufgezählt, und die Hauptdelegierten wandern nacheinander über die Estrade, um sich bei dieser Gelegenheit des Einwurfs ihrer Stimmenkarten in die Urne gleichzeitig auch der Versammlung vorzustellen.

Der ungarische Sensationsfilm.

(Von unserem ungarischen Vertreter.)

G.G. Budapest, 6. März.

Der Sensationsfilm: Die ungarischen Franzosen, wird immer weiter gedreht und ist in diesem Augenblick noch längst nicht am Ende. Innerpolitisch hat er in Ungarn geradezu ein Chaos verursacht, in dem sich schon kein Mensch mehr auskennt. Solange nur die Sozialdemokraten und der demokratische Führer Bajzoni die Mithras der Regierung nachzuweisen trachteten, konnte Graf Bethlen kalt lachend ihre Anschuldbildung bei Seite schieben. Neuestens sind indessen die Aristokraten in den Vordergrund getreten, zuerst Graf Emerich Karolyi, ein Anhänger Hortihys und bald dessen Verwandter, und neuestens Markgraf Pallavicini, ein Schwiegerohn Andrássy und als solcher wütender Legitimist. In Ungarn wird seit jeher nur eine solche Sache ernst genommen, an deren Spitze ein Graf steht. Selbst die Linksevolution im November 1918 wäre unmöglich gewesen, wenn sich nicht ein Graf Michael Karolyi bereit gefunden hätte, die Firma zu zeichnen und das Protektorat zu übernehmen. Infolgedessen hat Graf Bethlen nicht mehr zu lachen, wenn jetzt durch Markgraf Pallavicini eine Erklärung in den Blättern veröffentlicht wird, wonach die Regierung nach der in Holland geschehenen Verhaftung alles getan habe, um die Täter der Frankfäschung zu schützen. In derselben Erklärung sagt der Markgraf und ist bereit, das vor Gericht zu verantworten, daß Graf Bethlen Monate vor der Aufdeckung des Verbrechens davon gewußt hätte, aber es aus unerklärlichen Gründen vermieden habe, irgend etwas gegen die Verschwörer zu tun.

Das sind allerdings sehr gewichtige Anlagen. Sollten die Anschuldbildungen wahr sein, so ist möglich, daß der Ministerpräsident deswegen die Verschönerung geschönt und gedeckt hat, weil nimmich fest gestellt scheint, daß sein Vetter und bester Freund Graf Paul Teleki das geistige Oberhaupt der Unternehmung gewesen ist. Das würde aber immer noch nicht bedeuten, daß Bethlen den wahnsinnigen Plan gebilligt hätte. Der Ministerpräsident ist viel zu vernünftig, um ein solches Abenteuerium nicht zu beurteilen. Es fehlt ihm aber leider manchmal die Energie, gewisse Unüberlegtheiten und gewisse falsche Aktivitäten zu verhindern. In kleinerem Maßstabe hat er solche Unterlassung schon öfters begangen.

In außenpolitischer Beziehung wird die Kammerrede Briand's hier als ein Erfolg Bethlens angesehen. Die Hoffnungen der Linkspolition, daß der Ministerpräsident in Genf „geschliffen“ werden wird, sind zerflattert. Briand hat kategorisch erklärt, über eine fremde Regierung nicht richten zu dürfen. Seine Auslassungen enthalten allerdings auch sehr unangenehme Feststellungen. Als ganz besonders peinlich wird hier jene Versicherung Briand's empfunden, er würde mit dem tschechoslowakischen Verbündeten zusammengehen, und die Frankaffäre könnte eventuell vor den Völkern kommen. Das wäre allerdings so ziemlich das Schlimmste, was Ungarn als Folge dieser peinlichen Geschichte noch passieren könnte. Der Völkerbund war nicht im Stande, oder besser gesagt niemals gewillt, in Sachen der zahlreichen Minderheits-Verschwerden irgend etwas Entscheidendes zu tun, man fürchtet hier jedoch, daß es ihm Spaß machen könnte, irgend eine energische Maßnahme gegen das besiegte Ungarn zu unternehmen. Es ist nicht schwer, sich auszu-denken, in welcher Richtung sich solche Maßregelungen bewegen könnten.

Beneš hat in seinen letzten Prager Erklärungen einen mehr als feindseligen Ton gegen die ungarische Regierung angeschlagen hat aber schließlich gestern in Wien ruhiger geredet und zur allgemeinen Ueberzeugung der Budapester politischen Kreise — einen Sicherheitspakt angetragen. Das wird hier so verstanden, daß der tschechoslowakische Außenminister die momentane schwierige außenpolitische Situation Ungarns dazu ausnützen will, um unter dem Titel eines Sicherheitspaktes zu erreichen, daß die ungarische Nation die durch die Friedensabstufte geschaffene Lage nochmals feierlich und freiwillig anerkenne. Man hofft munkelnd sogar davon, daß Beneš hierbei bereit wäre, gewisse Grenzberichtigungen zu bewilligen, aber nur dann, wenn hier eine zuverlässige demokratische Regierung die Zügel in die Hand bekäme. Man erinnert sich daran, daß in den letzten Jahren jeder Systemwechsel mit außenpolitischen Ereignissen im Zusammenhang stand. Die „Volksrepu-

blit“ des Grafen Michael Karolyi kam nach dem Zusammenbruch. Als sie nichts mehr reiten konnte und die Nachbarn Ungarns immer größere Gebiete besetzten, übergab Graf Michael Karolyi die Herrschaft den Kommunisten. Bela Kun wurde durch die Rumänen gestürzt, und dann kam der sogenannte „christliche Kurs“. In rechtsstehenden Kreisen befürchtet man, in linksstehenden Kreisen erhofft man, daß jetzt wieder eine solche Schwenkung bevorstehe.

Amerikanische Luftverkehrspläne.

(Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“.)

J.N.S. Washington, 8. März. Wichtige Persönlichkeiten der amerikanischen Finanzwelt beschäftigen sich schon seit einiger Zeit mit dem Plane eines amerikanischen-europäischen Luftschiffverkehrs. Das Projekt ist jetzt soweit gediehen, daß man bereits an die Ausarbeitung von Einzelheiten, wie den zu bauenden Luftschiffen, die Häufigkeit der Flüge und die Fahrpläne, geht. Einer der Hauptführer dieses großen Planes Gedeon Lowell Cabot, der Präsident der National Aeronautical Federation äußert sich darüber:

Im Jahre 1933 wird eine Flotte von Luftschiffen von 2 bis 3-facher Größe der „Shenandoah“ einen regelmäßigen Verkehr von und nach den Vereinigten Staaten und Europa unterhalten. Das Unternehmen wird zur Zeit von einer Gruppe der großen Finanzmänner unseres Landes eingehend geprüft.

Wer damit gemeint ist, teilt Cabot nicht mit, doch verlautet, daß zu ihnen Ford, Rockefeller jr. und der Verwaltungsrat der Eugenheim-Stiftung für Luftschiffahrt gehören. Cabot sagte dann noch, daß diese Luftschiffen im öffentlichen Dienste stehen werden, mit Ueberfahrtskosten, die verhältnismäßig so billig gehalten werden können, daß sie einen ständigen Strom von Luftreisenden über den atlantischen Ozean gewährleisten.

Flugzeugunfall.

II. Berlin, 8. März. (Funkbruch.) Beim Einsiegen einer Maschine auf dem Flugplatz Staaken geriet heute ein Flugzeug auf dem Boden in Brand. Der aus dem Deutschen Rundflug bekannte Führer Bickel konnte sich nicht rechtzeitig aus der Maschine retten und verbrannte.

Anschlag auf den Schnellzug Berlin-München.

* Berlin, 8. März. (Funkbruch.) Der „Lokalanzeiger“ meldet aus München: In der vergangenen Nacht wurden südlich der Station München-Maasach zwei Eisenbahnschwellen quer über das Geleise gelegt. Der um diese Zeit fällige Berliner Schnellzug D 25 kam dabei glücklicherweise nicht zur Entgleisung. Für die Ergreifung des Täters ist eine Belohnung von 1000 RM. ausgesetzt worden.

Wieder Kultur- und Kunstwerke durch Feuer vernichtet.

II. Mailand, 8. März. Eine der wichtigsten Bibliotheken Italiens, die dem Marchese Finale in Floranz gehörte, wurde durch ein Feuerströmchen vernichtet. Dem Brande fielen kostbare florentinische Geschichtswerke und eine reiche Sammlung napoleonischer Denkwürdigkeiten, ferner wertvolle Wandteppiche und alte Gemälde zum Opfer.

Streik auf den Marokko-Eisenbahnen.

II. Paris, 8. März. Aus Casablanca wird gemeldet, daß die Eisenbahnangestellten der marokkanischen Eisenbahnen zum größten Teil die Arbeit niedergelegt haben. Der Bahnhof von Casablanca wird militärisch bewacht. Zwischen einer Abordnung der Streikenden und Soldaten kam zu einem heftigen Zusammenstoß.

II. Madrid, 8. März. Heute findet die erste Plenarsitzung der spanischen und spanischen Delegation über den Abschluß eines Handelsvertrages statt. Die Beratungen in den Kommissionen schreiten in langsamem Tempo fort.

I. Belgrad, 8. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Das frühere griechische Königspaar ist als Gäste des serbischen Königspaares eingetroffen.

J.N.S. Washington, 8. März. (Eigener Kabeldienst.) Der Oberste Gerichtshof wies ein Revisionsgesuch des Norddeutschen Lloyd gegen die amerikanische Regierung, betreffend die während des Krieges beschlagnahmten Hafenanlagen am Hudson im Werte von 5 Millionen Dollars zurück. Das Justiz-

departement behauptet, daß dem Norddeutschen Lloyd eine gefehliche Basis für seine Klage fehle. Nur der Verwalter des feindlichen Eigentums sei für die Vertretung eventueller Ansprüche zuständig.



Sei modern

und elegant. Wähle die Frisur, die alle Vorzüge zur Geltung bringt. Je persönlicher das Haar zugeschnitten ist auf die Trägerin, um so kritischer wird es betrachtet — um so sorgfältiger muß es gepflegt sein.

Elida-Haarpflege macht das Haar wundervoll schmiegsam, seidenweich und glänzend, diskret duftend.

Zur nächsten Kopfwäsche nur

ELIDA

HAARPFLEGE

Königin Luise.

Zu ihrem 150. Geburtstag am 10. März.

Von Dr. Paul Landau.

Einzigartig ist die historische Stellung der Königin unter den Hohenzollern-Fürstinnen. Alle die Herrscherinnen vor ihr, selbst jene letzte Luise Henriette, des Großen Kurfürsten Gemahlin, der sie in ihrer Vorgängerinnen eine besondere Liebe bewahrte, sie waren wie ferne Schattens an dem Horizont ihrer Untertanen vorübergezogen. Luise war die erste, die als ein geliebtes Menschenwesen unter ihren Landeskindern wandelte und deren Andenken Wurzeln faßte, tiefe Wurzeln im Herzen aller. Ja noch mehr: sie schuf überdies erst zwischen den Hohenzollern und ihrem Volk nach einem Wort Treueschwur, „jenes einfach menschliche Verständnis, das die Leidenschaften der Parteien nie zerschneiden konnte“. Ein solches „Wunder der Liebe“, das die Taten des großen Kurfürsten und des großen Königs nicht vollbracht hatten, konnte nur aus den Leiden einer Frau erblihen. Luise war Dulderin und Seherin, prophetisches Ideal der germanischen Frau ist in ihr verkörpert, das schon Tacitus zu rühmen wußte. Das Zukunftsgewisse, Ahnungsvolle, das sie im tiefsten Glend vor der Verzweiflung bewahrte, das jene zauberhafte, fortwirkende Macht in sich, die sie auf die Menschen ausübte. Die Hoffnung besserer Zeiten war, wie Schleiermacher in seiner Trauerpredigt sagte, ihr köstlichstes Vermächtnis. „Nicht einen Augenblick hat die Königin Helidenmut und Standhaftigkeit verleugnet“, meint Geng bewundernd. Wie allen echten und großen Seelen, erwuchs ihr aus Leiden Segen, aus Unglück Größe. Wie hätte sie in den Tagen bitteren Glanzes jene echt weiblichen Helden-taten vollbringen können, die im frommen Sichbegehden, im seltsamen Glauben und Hoffen, im innerlichen Triumphieren über alle äußeren Bitternisse und Enttäuschungen sich äußerten und sie im Entgehen zum Siege führten. Wohl konnten die Aufregungen und Entbehrungen die Blüte des Körpers brechen; aber je größer die Last war, desto strahlender entfaltete sich die Kraft ihrer Seele, das unsterbliche ewige Teil ihres Selbst, das mächtig fortwirkte nach ihrem Tode, das noch heute unter uns lebt.

Es ist diese rein menschliche Entwicklung eines über sich selbst unklaren, edel und stolz angelegten, aber in Oberflächlichkeit befangenen Wesens zur harten Selbstbeherrschung, zur harmonischen Klarheit, zu einer geistigen Läuterung über die Grenzen des Individuellen hinaus, die Bewunderung und Verehrung abdingt, auch wenn man der geschichtlichen Bedeutung und des tragischen Loses der Königin nicht gedenkt. Die aufmerksame Schülerin, die in ihrer Bildung empfindliche Läden behält, der lustige Badische, der in allen tollen Streichen aufgeleitet ist, diese lebhaft irtlichternde „Jungfer Hülse“, die im Festeswirbel in ihre Ehe und ihre hohe Stellung hineintanzte, erntet bei ihrem Debut am preussischen Hofe nach einem Jahre die allgemeinste Unzufriedenheit. In all den Anschuldbildungen des Reichstums und der Koketterie, die auf sie niederegnet, hat sie nur einen, der unerschütterlich zu ihr hält von Anfang an, ihren Gatten, den damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm. Der einfache, nüchterne Mann hatte mit seinen durch die Liebe gefärbten Augen den edlen Gehalt der lieblichen Hülle

erkannt, als er sie ihrer leichtlebigen, schöneren, aber wenig bedeutenden Schwester Friederike vorzog. Wir können heute nachträglich im Temperament der späteren Königin Luise die Charakterzüge bereits angedeutet finden, die ihre Größe ausmachten, die starke, tiefe Frömmigkeit, das feine ethische Empfinden, diesen eigentlichen Grundakord ihrer Persönlichkeit, der sie gegen alles Schlechte instinktiv abwehrte und den Haß gegen Napoleon zum Ausdruck ihres innersten Lebensgefühls machte, dann die reine Innerlichkeit ihrer Liebe, die nachdenkliche, dabei humorvolle Weltbetrachtung, die in ihren Brautbriefen so köstlich und frisch, so naiv und anmutig zum Ausdruck kommen. Aber all das ist den Zeitgenossen verborgen geblieben, die die junge Kronprinzessin von Vergnügen zu Vergnügen eilen sahen, ihre ungewohnte Naturität falsch ausdeuteten und über die eleganten Toiletten lachten, die sie aus Paris bezog. Erst als sie aus der schwülen Luft am Hofe Friedrich Wilhelm II. in die nüchterne, klare Atmosphäre Potsdams überiedelte und in den stilleren Freuden der Mutter und Gattin ihr Glück suchte, begann mit der inneren Entleerung die innere Entwicklung.

Die Geschichte dieser königlichen Seele läßt sich aus den geistigen Einflüssen der Zeit ableiten, denen sie ausgesetzt war. Die gemaltige Woge aufgeregter Gefühle, die Rousseau und der deutsche Sturm und Drang herausbeschworen, riß auch Luise mit fort. Jean Paul und Schiller waren die Dichter, in denen sie den Widerhall ihrer schwärmerischen und pathetischen Stimmungen fand. Ihre enthusiastischen Freundschaften zu Marie von Kleff, zu Frau von Berg weiteten ihre Erfahrung, bewahrten sie vor jener Einsamkeit, die sonst die Großen der Erde leicht befeuchtet, zeigte sie auf der Höhe eines freien Weltbürgerturns. Der König wollte von diesem ersten Streben, diesen hohen Bildungstendenzen nichts wissen; er mochte fürchten, daß ihr leidenschaftlich-emporgingender Geist ihm entgleiten könne; sein nüchterner Wirklichkeitsinn stemmte sich mit aller Kraft gegen den hohen Flug ihrer Gedanken. Dieser eheliche Widerstreit ward der Königin zum Segen; dadurch, daß sie ihrem Manne in manchem nachgab, ward ihr Verhältnis zueinander inniger und enger. Zugleich aber ward ihnen unbestimmten überhörschwänglichen Phantasien ein Gegengewicht geboten. Es kam Klarheit und Reife in ihre Anschauungen; in ernstem Studium holte sie nach, was sie in der Jugend zu lernen verümt hatte. Bis zuletzt hat sie sich diesem Wissensdrange hingeeben. So arbeitete sie 1809 in Königsberg die historischen Vorlesungen von Professor Silbern durch und fragte dabei ihren alten freimütigen Freund, den Kriegsrat Scheffner, treuherrig nach allem Möglichen. „Frage man aber nicht und schämt sich seiner Einsicht gegen jeden, so bleibt man immer dumm. Und ich hasse endlich die Dummheit.“

Die innere Festigung und Klärung ihres Ichs, die sich im Kampf um ihre eigene Entwicklung im Anfang des neuen Jahrhunderts vollzog, wurde dem gekrönt durch das größte Erlebnis ihrer Frauenjahre, die Freundschaft mit dem Jaren Alexander I. Mit schweigerlicher Herzlichkeit und doch zugleich mit jugendlich enthusiastischer Begeisterung wandte sie sich ihm zu, in dem sie ihr Ideal verkörpert zu sehen meinte. Ihre tiefsten Seelenkräfte wurden durch diese Begegnung erregt. Nun nahm sie, die es bis dahin streng vermieden hatte, sich in Politik zu mischen, lebhafteren Anteil an den Staatsgeschäften und verfolgte mit Hingebung die große Idee, die damals Alexander, „unser Kaiser“, wie sie sagte, zu verfolgen sah; den Kampf gegen Napoleon. Der junge, edle Herrscher, den sie rein und unbedeutend von der Sünde der Welt glaubt, bünte

ihre der rechte Erzengel Michael im Ringen mit dem „Höllensohn“ Napoleon, in dem sich ihr immer deutlicher das „böse Prinzip“ darstellte. Da sie sich nun mit Dingen der Politik zu beschäftigen anfangte, so konnte sie nicht anders, als auch in diese Sphäre ihre Gedankenwelt hineinzufragen und die Fragen der Diplomaten vom ethischen Standpunkte aus aufzufassen. So hat sie stets eine „Politik des Herzens“ getrieben und darum den Franzosenkaiser, der eine Politik des kaltesten Verstandes trieb, nie verstanden. Wieviel Kummer und Qual hätte sie sich ersparen können, wenn sie begriffen hätte, daß ihre aus todsunder Seele kommenden Behauptungen dem dämlichen Korzen nur als leere Phrasen erschienen, daß es keine Brücke des Verständnisses gab über den Abgrund des Weltgefühls hin, der sie von einander trennte! Aber während die Königin in ihren traurigen Zusammenkünften mit Napoleon in Wemel ihren Abscheu vor dem „unreinen Wesen“ nur bekräftigt sah und sich doch eines unwillkürlichen Schauders vor seinem ungeheuren Genie nicht erwehren konnte, erlebte sie in Alexander die tiefste Enttäuschung ihres Lebens, da sie sich nicht nur in ihrem Glauben an Reinheit, sondern auch in ihrem Vertrauen auf Größe getäuscht sah. Nachdem sie in der schwersten Enge der Gegenwart seinen Verbündeten gebaut und trotz seines Schwantens, seiner nachgiebigen Weichheit sich an ihn als den Erretter geflammert hatte, wird sie sich bei dem Besuch in Petersburg im Januar 1808 völlig klar über ihn. Dieser sinnlich schwärmende Träumer, der in materiellen Sensationen sich berauschte, war ihr gleichgültig geworden, ja verächtlich. Grauenhaft schien ihr seine in leerem äußerlichem Schein prunkende Welt, und so tanzte und lächelte sie mit zerstücktem Herzen: „Ich bin freundlich gewesen gegen alle Welt, und ich wußte vor Unglück nicht wohn.“

Diese seelischen Konflikte, diese furchtbaren Enttäuschungen haben der Gesundheit der Königin mehr geschadet als ihre Flucht nach dem kalten Norden, als alle Entbehrungen der Verbannung. Schon 1805 hatte sie die Malaria, die Friedrich Wilhelm mit Napoleon geschlossen, aufs Krankenlager geworfen. Der Zusammenbruch von 1806 machte den Haß gegen den Unterdrücker Europas in ihr zu einem Elementargefühl, ohne das sie nicht hätte weiter leben können, und das doch in seinem unbefriedigten Drängen beständig an ihr nagte und zehrte. Sie als die einzige erkannte folglich die Stimmung des Volkes und sah schon 1806 den sittlichen Aufschwung der Freiheitskriege voraus. Sie geriet dadurch in einer tiefen Spannung zu dem kleinmütigen unentschlossenen König. Bieleck hatte sie wohl die Pflicht der Patriotin gegen die der Ehefrau zurücktreten lassen; die wichtigste Aufgabe war ihr, den König anzujuridigen und ihm zu helfen. Dabei konnte sie oft nicht so energisch verfolgen, was ihr für das Vaterland notwendig schien. Aber trotzdem wurde sie zum Mittelpunkt des Kampfes gegen Napoleon am preussischen Hofe; das folgenschwere wenn auch kurze Wirken Steins ist zum großen Teile ihr Verdienst, und als letzte größte Tat hat sie noch kurz vor ihrem Tode Hardenbergs Berufung erwirkt, der dann die Grundlagen für Preußens Größe schaffen sollte. Mit ihrem Blute besiegelte sie gleichsam den unauflässigen Bund zwischen Herrscherhaus und Volk. Ihre Lichtgestalt, aus reineren Höhen niederblickend, leuchtete den Freiheitskämpfern voran, die in begeisterten Liedern und Worten die „verkürzte Welt“ dieses heiligen Krieges“ feierten. Nun war sie zum Schutze Preußens geworden und wie zu einem Gotteshaus pilgerten und pilgern noch heute die Scharen nach dem stillen Tempel in Charlottenburg, der ihre irdischen Reste birgt.

Die Steuermilderungen vor dem Reichstag

Der Haushalt des Reichsfinanzministeriums.

Dr. Reinhold über seine Absichten. — Die Wünsche der Parteien.

m. Berlin, 8. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Reichstag beschäftigte sich in seiner Montagssitzung mit dem Etat des Reichsfinanzministeriums. Dr. Reinhold verteidigte sein bereits stark umstrittenes Steuererleichterungsprogramm sehr energiegelich und versprach der deutschen Wirtschaft und dem Reichstag sehr viel davon. Er glaubt, daß durch Ersparnismaßnahmen, durch Verwaltungsreform und durch Arbeitsvereinbarung an Ausgaben erspart wird, was durch die Steuerermäßigung weniger dem Reich zufließt. Es klingt vielleicht ein nicht ganz berechtigter Optimismus aus der Rede des Finanzministers. Die Zukunft wird zeigen müssen, ob er recht behält. Im allgemeinen muß man aber seinen Ausführungen durchaus beistimmen. Vor allem, wenn er betont, daß alle Ausgaben für werbende Zwecke aus Anleihen genommen werden müssen. Er verkennt auch nicht, daß die Herabsetzung der Umsatzsteuer sich nicht sofort auswirken wird, hofft aber, daß diese Steuererleichterung sich doch später in der Preisbildung fühlbar machen werden. Der Redner der Sozialdemokraten bringt noch einmal alle die bekannten Forderungen seiner Partei vor wie Herabsetzung der Lohnsteuer, Auslegung der Steuerlisten und noch vieles andere. Auch was sonst von den verschiedenen Rednern vorgetragen wurde, war nichts Neues. Am Dienstag gehen die Beratungen weiter.

* Berlin, 8. März. (Zuspruch.) Am Regierungstisch Reichsfinanzminister Dr. Reinhold. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung 120 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums. Verbunden ist damit der Gesetzentwurf über Steuerermäßigungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage. Ferner sind mit zur Beratung gestellt drei Interpellationen und 30 Anträge aller Parteien, die Änderungsvorschläge zu den Steuererleichterungen und Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaftslage fordern.

Abg. Keil (Soz.) weist darauf hin, daß keine Verwaltung so unbeliebt sei, wie die Steuerverwaltung, ausgenommen sei vielleicht die Justiz, die sich zum Volksempfinden im Gegensatz befindet. Es sei aber ein billiges Vergnügen, nach der Finanzverwaltung mit Steinen zu werfen. Die Steuerbeamten tun nur ihre Pflicht, wenn sie die Gesetze zur Durchführung bringen. Sie haben eine außerordentlich schwere Aufgabe. Ein Personalabbau bei der Finanzverwaltung sei daher nicht möglich. Für die Einschätzung des Vermögens gehehe offenbar zu wenig. Von der gesamten Lohnsteuer entfallen 82 Prozent auf Einkommen bis zu 5000 Mark. Der landwirtschaftliche Grundbesitz und auch der mittlere Grundbesitz erziele angeblich keine Gewinne. Seine Steuerfreiheit beruhe auf seinen Bilanzierungskünsten. Der Redner fordert Offenlegung der Steuererleichterungen. Wer gegen diesen Antrag sei, der unterstütze die Steuerdrückberger. Es herrsche ein ziemlicher Wirrwarr im Steuerwesen. Jetzt müßten viele Tausende von Anträgen geprüft werden, die die Rückerstattung zweifel befallener Steuern verlangen. Auch aus dem Aufwertungswert erwachse der Finanzverwaltung eine gewaltige Arbeit, die sich durch den Formalismus unnötig erschwere. Der Redner fordert Durchführung des Wohnungsbauprogramms, Stimmt der Herabsetzung der Umsatzsteuer und der Beteiligung der Luxussteuer zu und fordert mehr Stetigkeit im Steuerwesen.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold stellt fest, daß das Gesetz über Steuerminderungen sich eng an seine Eattrede angeschlossen. Eine Abweichung sei nur insoweit vorhanden, als die Regierung sich jetzt entschlossen habe, die Luxussteuer vollständig aufzuheben, weil auch ihre teilweise Aufrechterhaltung die Besteuerung deutscher Qualitätsarbeit wirksam mindere. (Zustimmung.) Die Steuererleichterungen, so erklärt der Finanzminister weiter, dürfen nicht isoliert betrachtet werden, sondern sie sind ein Teil des Programms der Reichsregierung für die Wiederbelebung der Wirtschaft nach der schweren Krise. Dazu gehört in erster Linie auch die Debung und Förderung des Exports. Dazu gehören weiter Maßnahmen zur Kredithilfe. Die Steuererleichterungen stehen im Zusammenhang mit den Ersparnismaßnahmen, die durchgeführt werden müssen. Dieser Weg zur Ersparnis geht über die Arbeitsvereinfachung und über die Verwaltungsreform.

Wir haben den Ländern und Gemeinden schon die Möglichkeit zur Beschaffung billiger zweiter Hypotheken gegeben. Wir wollen jetzt auch bei der Beschaffung erster Hypotheken helfend vorgehen, zunächst durch einen gewissen Zwischentritt aus Reichsmitteln. Dadurch wird die Bauwirtschaft belebt werden. Die Steuererleichterungen sind wohl überlegt und nicht ein Sprung ins Dunkle, wie der Abgeordnete Hergt erklärt hat. Es ist ja auch das politische

Wunder eingetreten, daß die Deutschnationalen jetzt nicht mehr die Aktion als einen Sprung ins Dunkle ansehen. (Widerspruch rechts.) Wie wäre es sonst zu erklären, daß die Deutschnationalen weitere Anträge auf Steuererleichterung stellen, die in ihrer Wirkung weit über die Regierungsvorschläge hinausgehen. (Hört, hört! links.) Eine weitere Voraussetzung für die Steuererleichterung ist es, daß wir für Ausgaben des außerordentlichen Etats, die für die Zukunft bestimmt sind, auch Anleihen nehmen. Die Anträge auf Senkung anderer Steuern werden sich nicht durchführen lassen. Unsere Vorschläge sollen zu einer Entlastung und Belebung der Gesamtwirtschaft führen. Das ist von der Senkung anderer Verbrauchssteuern nicht zu erwarten. Der Minister empfiehlt, an der rechtlichen und technischen Gestaltung des Steuererleichterungsprogramms jetzt nicht vorzugehen. Die Zeit müsse erst ergehen, wie sich das jetzige Steuererleichterungsprogramm bewähre. Die Herabsetzung der Umsatzsteuer werde sich natürlich nicht sofort auswirken. Auf die Dauer werde sie aber die Preise beeinflussen. Das Steuerermäßigungsprogramm sei die Konsequenz, die die Reichsregierung aus der augenblicklichen wirtschaftlichen Notlage ziehe. Die Milderungen wären nicht möglich gewesen ohne die vorsichtige Steuerpolitik des letzten Sommers. (Hört, hört! rechts.)

Abg. Dr. Oberfahren (Dn.) weist auf den ungewöhnlich kostspieligen Apparat der Finanzverwaltung hin. Das deutsche Reichsheer koste mit allen seinen Ausgaben nur 28 Millionen mehr als die Finanzverwaltung. (Hört, hört.) Für das Branntweinmonopol müsse der Grundlag gelten, daß nicht in erster Linie Branntwein, sondern Futtermittel erzeugt werden müßten. Wir brauchen eine organisatorische Form der Steuererleichterung mit dem Blick aufs Ganze. (Beifall rechts.) Der Redner billigt die Aufhebung der Luxussteuer, regt aber an, statt der Senkung der Luxussteuer den Abbau der Hauszinssteuer vorzunehmen. Die Hauszinssteuer sei eine unsoziale, geradezu gemeingefährliche Steuer. Notwendig wäre auch eine Ermäßigung der direkten Steuern im Interesse der Wirtschaft.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold erwidert, er habe ein fertiges Werk übernommen und könne nur die Notmaßnahmen vorschlagen, die die Notlage der Wirtschaft erfordere. Andere Senkungen direkter Steuern als vorgelesen, seien jetzt nicht möglich. Der Minister vermahnt sich dann entschieden gegen den Vorwurf der Redten, er sei Parteiminister. Er werde nur eine Politik treiben, die im Interesse des ganzen Staates und der Wirtschaft sei.

Abg. Weining (Zr.) gibt der Erwartung Ausdruck, daß die wesentlichen Bestimmungen der letzten Steuerreform, die nicht nur von den Regierungsparteien, sondern auch von den großen Oppositionsparteien gebilligt worden sind, möglichst ein Jahrzehnt in Kraft bleiben. Die Steuerpolitik des vergangenen Sommers sei auch von den Deutschnationalen mitgemacht worden, sie ändern aber ihre Meinung, je nachdem sie in der Regierung seien oder nicht.

Abg. Keimath (D. Sp.) begrüßt die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber einer Inflationsspolitik. Die Steuererleichterung hätte schon im Jahre 1924 einsehen müssen, dann wäre die Wirtschaftsentwickelung nicht so groß geworden. Der Redner begrüßt die Maßnahmen zur Erleichterung des Steuererleichterungs und erklärt sich mit der Aufhebung eines unmittelbaren Zwanges auf die Länder und Gemeinden zu größter Sparlichkeit durchaus einverstanden. Der Redner verlangt für die Aufhebung der Luxussteuer rückwirkende Kraft, damit keine Geschäftslockung eintritt. Bei seinen Sparmaßnahmen verbe der Minister auch die Unterstützung der Deutschen Volkspartei hinter sich haben.

Abg. Neubauer (Komm.) bezeichnet es als töricht, von dem Anbruch einer neuen Ära der Finanzpolitik zu sprechen. Es sei immer das alte System: die Reichen werden begünstigt auf Kosten der Armen.

Inzwischen ist ein kommunistisches Mißtrauensvotum gegen den Finanzminister Dr. Reinhold eingegangen.

Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) begrüßt das allgemeine Bestreben, Verlaufsarbeit auszuscheiden. Der Reichstag sollte in dieser Beziehung bahnbrechend vorgehen. Vom Finanzminister werde eine Neuaufstellung seines Etats bis zur dritten Lesung gefordert und zwar unter weitgehender Verminderung der Forderungen für Personal und Neubauten. Eine vorläufige Finanzpolitik müsse durch pflegliche Behandlung der Steuerquellen für deren dauerndes, gleichmäßiges Gelingen sorgen. Der Redner fordert Abbau der Realsteuern in den Ländern und Gemeinden, Ausgabebeschränkungen und praktische Ausgabeersparungen, ferner Beschleunigung der Verwaltungsreform bei Reich, Ländern und Gemeinden. Auf das schärfste müsse es zurückgewiesen werden, wenn die Deutschnationalen dem Minister parteipolitisch Handeln vorwerfen. Der Minister handle auf Grund einmütiger Entschlossenheit des Kabinetts und nicht als Beauftragter der Partei. Der Redner schließt mit der Erklärung, daß seine Freunde sich der von der Regierung gewünschten Notgemeinschaft gerne anschließen.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus vertagt sich. Dienstag 1 Uhr Weiterberatung. Schluß 7,15 Uhr.

Das Fürstenabfindungskompromiß.

Zustimmung der Zentrumsfraktion.

* Berlin, 8. März. (Zuspruch.) Die Zentrumsfraktion des Reichstages hielt am Montagabend nach der Plenarsitzung eine kurze Fraktionsitzung ab, in der sie den Bericht über das am Freitag vereinbarte Kompromiß zur Fürstenabfindung entgegennahm. Die Fraktion stimmte dem Kompromiß ohne weitere Aussprache zu. Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung werden Dienstagabend Stellung nehmen.

Kommunistische Fürstenabfindungsbroschüren beschlagnahmt.

* Berlin, 8. März. (Zuspruch.) In einem Hause am Planufer beschlagnahmte die Polizei etwa 50 000 Exemplare der Schrift „Keinen Pfennig den Fürsten“, die von dem Kommunisten Paul Fröhlich verfaßt und von der Vereinigten Internationalen Verlagsanstalt herausgegeben wurde. Da eine größere menschenwürdige Widerstand leistete, zog die Polizei Verstärkungen heran, bis es ihr gelang, die Menge zu zerstreuen. Zwei Kommunisten wurden in Haft genommen.

Deutsch-russische Monarchistenzusammenkunft in München?

O. Berlin, 8. März. Wie die Tägliche Rundschau aus zuverlässiger Münchener Quelle erfahren haben will, sind dort am Sonntag morgen russische Monarchisten aus Paris und London eingetroffen, darunter offizielle Vertreter des Großfürsten Kirill, des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch und der Kaiserin-Witwe Maria Theodorowna. Am selben Abend soll eine Konferenz mit deutschen monarchistischen Kreisen stattgefunden haben. Man vermutet, daß es sich um eine größere Konferenz deutscher, russischer und ungarischer Monarchistenführer handelt. Ende dieses Monats soll eine Zusammenkunft zwischen Großfürst Kirill und Kronprinz Rupprecht in der Schweiz oder in Paris stattfinden. Anfangs April werde ein großer Monarchistentag in Paris stattfinden, wo über 200 russische Monarchisten erwartet würden. Auf diesem Kongreß soll ein Jar gewählt werden. Als Thronanwärter kämen Kirill oder Nikolai Nikolajewitsch in Frage. Im Februar hätten in Paris zwischen deutschen und russischen Monarchisten auch mehrere Konferenzen stattgefunden. In der letzten Zeit würden besondere Beziehungen zwischen deutschen und russischen Monarchisten geknüpft, die den russischen Monarchisten größere Summen Geldes eingetragen hätten, die von deutschen Monarchisten stammten. Das genannte Blatt meint, es wäre besser, wenn sich deutsche Monarchisten nicht aktiv an derlei Fragen beteiligten, die uns schließlich nichts angingen.

Die Pläne der ungarischen Legitimisten.

* Budapest, 6. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Aufsehen erregen hier Veröffentlichungen des rechtsradikalen Blattes „Szogad“ über den vor einigen Tagen in Budapest abgehaltenen Kongreß der Legitimisten, auf dem eine Verteilung der Herrschaftsinteressen der Habsburger beschlossen worden sei, wonach in Ungarn Erzherzog Albrecht und in Oesterreich Erzherzog Otto als künftige Könige proklamiert werden sollen und die Idee eines überstaatlichen Kaiseriums, an dem die Legitimisten früher hingen, fallen gelassen worden sei. Graf Andrássy äußerte zu diesen Plänen, daß er sie ferne, daß er aber nicht glaube, sie würden durchzuführen sein, weil sie gegen das Prinzip der Legitimität verstießen.

Dr. Wirth fährt nach Rußland.

O. Berlin, 8. März. Wie aus parlamentarischen Kreisen berichtet wird, wird der ehemalige Reichskanzler Dr. Wirth in den nächsten Tagen eine Reise nach Rußland antreten, von der er voraussichtlich erst nach Ostern zurückkehren wird.

Tages-Anzeiger

(Aberes Hebe im Inlandenteil.)
Dienstag, den 9. März 1926.

- Vandestheater: „Manon Lescaut“, 7 1/2 - 10 Uhr.
- Koliseum: Variete-Vorstellung, 8 Uhr.
- Waldschanze: Desfentl. Vortrag von Frau Dr. Kath. Weissig im Saal der Kammeral (Karlstraße 10), 8 Uhr.
- Tiergärtnerverein: Mittelalterverammlung mit musikal. Unterhaltung im „Krobbel“, 8 Uhr.
- Bier Jahreszeiten: Bach-Beethoven-Zusatz, 8 Uhr.
- Barrenwinger: Musikalische Abendunterhaltung im Schreyer, Saal 3, 8 1/2 Uhr.
- Kaffe Hübner: Tanz, 8 Uhr.
- Wiener Hofspiele: Täglich Kabarettvorstellung, 8 Uhr.
- Reichens-Bühne: Verborgene Blüten; Bobba's Expressbrot; Billie's Wendenhochzeit.
- Union-Theater: Jauch der Liebe.

Die Wiedergeburt der Schönheit!

Runzelnbildung - eine Folge mangelnder Hautfunktion.

Es ist merkwürdig, daß das klassische Altertum und die alten Aegypter, die doch gewiß so etwas wie kosmetische Industrie kaum hatten, ihren Körper viel naturgemäßer, viel wirksamer und schönheitsfördernder pflegten, wie wir heute. Studieren wir die Hieroglyphen altägyptischer Denkmäler, so stellen wir fest, daß es zur Zeit, der bildschönen Königin Kleopatra ein geheimgehaltenes Mittel gab, das den Körper geschmeidig und frisch erhielt und eine geradezu zauberhaft anmutende Verjüngungswirkung auf verwelkte und runzlige Haut entfaltete.

Dieses Mittel, verbunden mit einer dem anatomischen Bau der Haut, den Hautporen, den Drüsen und den Nerven angepaßten Anwendungsmethode kommt in der Hortiflor-Kosmetik zum Ausdruck. Sie verbietet die Anwendung porenverschmierender Cremes, hautreizender Puder und Schminken und auslauender Seifenwaschungen, durch die das Alter der Haut gefördert wird: Die oberste Epithelschicht der Haut verhornt und allmählich erstarken die beim Sprechen, Lachen, Weinen, kurz, bei jeder Mimik entstehenden Falten. (Siehe Bild 1 und 2) Das Alter der Haut wird verhütet, verwelkte Haut wieder frisch und runzelnfrei gemacht durch die Hortiflor-Creme, die nichts mit der sonst üblichen Kosmetik zu tun hat. Die Hortiflor-Creme beseitigt die Zirkulationsstörungen der Haut und hält die Hautfunktion in Ordnung, von der Schönheit, Gesundheit, ja unser Leben abhängt. (Siehe Bild 3 und 4.) Daher ist außer der Hortiflor-Creme mit ihrer klassischen Anwendungsmethode eine pflegende, nicht auslauende Hautreinigung erforderlich, die durch die Hortiflor-Seifen mit der Cremeachse erzielt wird.

Unsere Haut ist dem prächtigsten Kleide vergleichbar. Mutter Natur hält es in Ordnung, bessert es aus, erneuert es ständig, läßt es atmen und verleiht ihm unend-



liche Schönheit. Wie viele, allzu viele nehmen an diesem Kleide der Schönheit durch schädliche Mittel frühzeitig Schaden.

Die Forschungen Prof. Kechners über Klimawirkung haben ergeben, daß die unbehinderte, insbesondere die angeregte Hautatmung, das geeignetste Mittel ist, um unser Blut und unser Gesamtbefinden zu bessern. Davon ausgehend, dient die Hortiflor-Kosmetik nur dem Zweck, schön zu sein und nicht bloß schön zu scheinen.

Die Konzertsängerin Frau Grete Korten schreibt uns: „Durch Hortiflor-Kosmetik bekommt die Haut einen wunderbaren zarten Schmelz. Auch der Duft Ihrer Hortiflor-Creme und -Seife ist köstlich.“

Unsere Ausführungen werden Sie überzeugt haben, daß die Hortiflor-Kosmetik einen soliden Aufbau besitzt. Uralte Erfahrungen und die neuesten Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung bilden in ihr ein harmonisches Ganzes.

Dennoch bitten wir Sie, sich erst unser umfangreiches Beweismaterial, insbesondere die Gratisproben laut auszuscheidendem Gratisbezugschein kommen zu lassen. Einen Anfangserfolg werden Sie schon nach einigen Tagen erzielt haben.

Hortiflor-Vertrieb G. m. b. H., Berlin 480 Alexandrinenstraße 26
Telephon: Dönhoff, 4735-4736

Gratis-Bezugschein

in Briefumschlag mit einer Freimarke versehen, einsenden an:
Hortiflor-Vertrieb G. m. b. H., Berlin 480, Alexandrinenstraße 26
Senden Sie mir kostenlos und portofrei:
1. eine **Gratisprobe Hortiflor-Creme**
2. eine **Gratisprobe Hortiflor-Creme-Seife**
3. die Broschüre: „Die Wiedergeburt der Schönheit“.

Name: _____
Wohnort: _____
Straße: _____
Adresse deutl. mit Bleistift vermerken! - Es steht Ihnen auch frei, eine mit obig. Text verseh. Postkarte zu benutzen

Die neue Lehrerbildung in Baden

Die deutsche Reichsverfassung hat sich im 4. Abschnitt, Artikel 142-150, Bildung und Schule betreffend, eine Aufgabe zugeschrieben, die bisher von den einzelnen Ländern gelöst worden ist. Dies geschah aus dem idealen Bestreben heraus, mit der staatlichen Einheit auch eine einheitliche deutsche Bildungsvorstellung zu schaffen. Die unklarsten Bemühungen um die Bildung eines Einheitsstaates mit einer zentralen Regierungsgewalt ließen sich nicht verwirklichen, noch viel weniger aber eine Vereinheitlichung des gesamten deutschen Bildungswesens. Es zeigte sich, daß durch eine gewalttätige Staatsumwälzung wohl bestehende Regierungsformen leicht und gründlich geändert werden können, nicht aber Bildungseinrichtungen, die in langer Zeit aus der politischen und religiösen, wirtschaftlichen und allgemein kulturellen Entwicklung eines Landes heraus entstanden sind und die ein Bestandteil bilden der ganzen geistigen Struktur eines Volkes.

Zu den Bestrebungen nach einer Vereinheitlichung des gesamten deutschen Bildungswesens gehört im Besonderen auch die Forderung einer einheitlichen Lehrerbildung in allen deutschen Ländern. Sie ist gemäß Artikel 143, Abs. 2 der R.V. umzusetzen „nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten“. Dabei sollte die bisher in den Lehrerseminarien vermittelte Allgemeinbildung und Fachausbildung getrennt, erstere auf die allen zugängliche höhere Schule, letztere auf die Hochschule verlegt werden. Diese letzte Forderung wurde bisher nur in einigen Ländern durchgeführt, wie in Sachsen und Thüringen; in andern, so auch in Baden, ist aus finanziellen Gründen und parteipolitischen Erwägungen wenigstens partiell keine Aussicht auf deren Verwirklichung vorhanden. Man kann diese Entwicklung bedauern; dabei muß jedoch als ein wichtiger Fortschritt bezeichnet werden, daß die eigentliche Berufsausbildung getrennt von der Allgemeinbildung in einem zweijährigen erziehungswissenschaftlichen Lehrgang gesichert ist. Auf diese Weise scheint nach außen hin eine gewisse Einheitlichkeit in der eigentlichen Berufsausbildung der Volksschullehrer erreicht zu sein. Dies ist aber nicht in vollem Umfange der Fall; denn es fehlt noch an einer einheitlichen Vorbildung zur Aufnahme in das erziehungswissenschaftliche Institut. In dieses können nämlich aufgenommen werden:

1. Abiturienten der 1. Klasse einer höheren Schule, deren pädagogische Fachausbildung auf Grund der lehrplanmäßig abgeschlossenen Allgemeinbildung ohne Schwierigkeit organisch weitergeführt werden kann;
 2. Absolventen des „in der Regel an den Lehrerbildungsanstalten eingerichteten Vorkurses“. Ihre Aufnahme in diese Schule wird von der Primarstufe einer höheren Lehranstalt und von „guter Begabung“ abhängig gemacht, ihre Zulassung zur fachwissenschaftlichen Ausbildung von einer Schlußprüfung, die im allgemeinen den Kenntnisstand der Abiturienten einer Vollanstalt nachweisen soll, mit denen diese Schüler in dem pädagogischen Institut gemeinsam weitergeführt werden.
- Wird dieses Unterrichtsziel in einem Jahre ohne Ueberbürdung und ohne Schädigung einer gründlichen Durchbildung erreicht werden? Gibt die Erfüllung der für ihre Aufnahme in so unbestimmter Form gestellten Bedingung: „gute Befähigung“ dafür die nötige Gewähr? Da die Zuteilung eines solchen Schülers in den Vorkurs schon die Zuweisung zu einer bestimmten Fachausbildung bedeutet, so besteht dabei immerhin die Gefahr, daß das Urteil über einen jugendlichen Obersekundaner zu einer falschen Berufswahl führen kann.

3. Endlich kann eine 3. Kategorie junger Leute zur erziehungswissenschaftlichen Ausbildung zugelassen werden. Es sind dies solche, die ihre Allgemeinbildung nicht in dem erwähnten Vorkurs, sondern auf einem „anderen Weg“ erwerben. Welche Wege werden da gegangen werden? Von welcher Klasse einer höheren Schule aus führen sie? Welche „Pressen“ werden sich aufstun? Welche verantwortliche Stelle urteilt bei ihrer Einstellung über Befähigung und Berufseignung? Wird dabei nur ein gedächtnismäßiges Examenwissen eingepaßt oder wird mehr Wert auf eine „gute Veranlagung“ gelegt, die mit der rein erziehungswissenschaftlichen Eignung zum Lehrer- und Erzieherberuf nichts zu tun hat?

Unter diesen Verhältnissen entsteht unter den Hörern des pädagogischen Instituts eine so große qualitative Verschiedenheit im Wissen und Können, wie sie bisher in unseren Seminarien zum Schaden eines geordnet fortschreitenden Unterrichts durch die Vereinigung von Vorseminaristen und früheren höheren Schülern bestanden hat. Dies muß unter allen Umständen vermieden werden; denn wenn die neuen Lehrerbildungsanstalten den Charakter erziehungswissenschaftlicher Institute erhalten sollen, so darf ihnen keine Unterrichtsaufgabe zugewiesen werden, die darauf ausgeht, zunächst die Basis eines einheitlichen Schulwissens zu schaffen.

Auch sonst wäre in dem Regierungsentwurf zum neuen Lehrerbildungsgesetz noch manches zu klären. Darum drängt sich zunächst die Frage auf, warum in wenigen Wochen eine so bedeutungsvolle Bildungsangelegenheit lediglich auf lange Zeit hinaus geregelt werden soll. Im Jahre 1920 wurde mit viel Aufwand an Zeit und Kraft und Geld eine Landeskonferenz abgehalten und dabei manche wertvollen Anregungen gegeben. Praktisch hat sich aus den Verhandlungen namentlich in Bezug auf die Lehrerbildung nur wenig herausgestellt. So vertrat namentlich nichts mehr über die Errichtung von deutschen Oberschulen oder den Ausbau von Aufbauschulen, die besonders für die Vermittlung der Allgemeinbildung lüftiger Volksschullehrer wohl geeignet sind. Ähnliche ungeklärte Verhältnisse bestehen auch in anderen Ländern, so namentlich in Bayern und Württemberg, und deswegen wurde dort mit kluger Vorsicht vorerst alles beim Alten gelassen. Diesem Verfahren soll hier keineswegs das Wort geredet werden; aber einer verordnungsmäßig zu regelnden Uebergangszustand könnte man auch bei uns erst schaffen, in dem das Neue erprobt und später durch die gewonnene Erfahrung verbessert werden müßte.

Darum richte man die Ausbildung der mit Schulbeginn aufzunehmenden Obersekundaner in einem einjährigen Vorkurs der Seminare nicht als eine neue, gesetzlich begründete Art der Lehrervorbildung ein, sondern verordnungsgemäß aus der dem Unterrichtsministerium zukommenden Zuständigkeit heraus als Versuchsschule für die Uebergangszeit oder als Volksschule in oder für die Zeit eines etwaigen Lehrermangels. Dabei gebe man einem Teil der eintretenden Obersekundaner auch Gelegenheit, und zwar nach dem Charakter ihrer bisherigen Schulanstalt als Oberrealschule oder Gymnasium an verschiedenen Seminaren, in 2 Jahren zur Hochschulreife geführt zu werden. Die bestehenden Lehrerseminare genügen räumlich und nach der Zahl der vorhandenen Lehrkräfte für ein solches Experiment vollständig.

In diese Prima des Seminars könnten natürlich auch Studierende anderer Berufe aufgenommen werden, die in den mit der Schule verbundenen Heimen eine große wirtschaftliche Erleichterung auf ihrem Studiengang finden würden.

Ob diese Einrichtung zunächst auf bestimmte Zeit beschränkt bleibt oder ob sich daraus eine dreijährige Oberstufe der auf breiterer Grundlage als bisher durchzuführenden Aufbauschule entwickeln wird, muß die Zukunft lehren. Soviel ist jedenfalls sicher, daß die erlangte Allgemeinbildung der angehenden Lehrer bis zur Hochschulreife eine Einheitlichkeit in der wissenschaftlichen Fachausbildung ermöglicht und damit auch eine Höherleistung unserer Volksschulen erwarten läßt. Wie aus den allgemeinen und konfessionellen Fachzetteln zu entnehmen ist, würden sich die Lehrer mit dieser Art der Lehrerbildung, die ihre bisherige „Isolierung“ hinsichtlich ihrer Allgemeinbildung beseitigt, einverstanden erklären, ein wertvolles

Zeichen dafür, daß sie ihre, teilweise zu weit gehenden Forderungen aufgegeben haben und sich auf den Boden des Wirklichen und Möglichen zu stellen wissen.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Der Arbeitsmarkt zeigt in der Berichtszeit (25. Februar bis 3. März) noch etwa das Bild einer ähnlichen Entwicklung wie in der unmittelbar vorangegangenen Periode: Noch ein weiterer Anstieg der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger — von 83 252 auf 84 377 —, aber wiederum auch, im wesentlichen als Folge etwas ansteigender Nachfrage nach Kräften von seiten der Landwirtschaft und des Baugewerbes, eine leichte Zunahme der gemeldeten offenen Stellen (insgesamt bei den badischen Arbeitsämtern von 1671 auf 1727). Im ganzen muß aber die Lage als durchaus ungünstig angesehen werden.

In starkem Maße gilt das von der Tabakindustrie, auf die vornehmlich die oben erwähnte Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger zurückzuführen ist. Die Stilllegung weiterer Betriebe, mit der ja gerechnet wurde, ist bereits erfolgt oder steht nächstens bevor. Die Schwierigkeit, die ausstehenden Gelder einzubringen, wirkt sich insolge der dadurch bedingten Schließungen auf dem Arbeitsmarkt durch vermehrten Zugang Arbeitsuchender aus. In der Landwirtschaft hat sich die Nachfrage nach Kräften weiterhin etwas belebt. Gesucht wurden außer Schweizeuten, Viehfürerinnen, Dienstmädchen und Burschen, insbesondere Mägde.

In der Metall- und Maschinenindustrie ist eine nennenswerte Besserung nicht eingetreten. Für die Porzellan- und Schmuckwarenindustrie hat die Leipziger Messe den erhofften Erfolg auf Besserung des Geschäftes nicht gebracht. In der Schwarzwalder Uhrenindustrie haben zwar die meisten Betriebe mit einem Teil ihrer Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen, arbeiten jedoch verflücht. Teilweise (Reusbacher Bezirk) hat sich die Lage verschlechtert.

In der großen Mehrzahl der übrigen Berufsgruppen blieb der Arbeitsmarkt ungünstig, insbesondere in der Papier-, Leder- und Holz- (auch Büchsen-) Industrie. In der Seiden- und Weberei hat die Erwerbslosigkeit noch zugenommen.

Der Arbeitsmarkt der Angestellten, insbesondere der kaufmännischen Berufe, liegt insolge der Krise schwer darnieder.

Außerordentliche Konferenz des Verbandes Christlicher Textilarbeiter.

Der Christliche Textilarbeiterverband, Bezirk Etlingen-Altal, hielt am Sonntagmorgen in Reichensbach eine außerordentliche Konferenz ab. Die hierbei bekannt gegebenen Entschlüsse zur Wirtschaftsnot bezw. zur Tarifpolitik wurden einstimmig angenommen. Sie haben folgenden Wortlaut:

„Die am 7. März in Reichensbach tagende, von allen Gruppen des Altals stark besuchte Konferenz des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter Deutschlands fordert die Regelung der Arbeitslosenunterstützung durch umgehende Einbringung eines Entwurfes zum Arbeitslosenversicherungsgesetz und dessen beschleunigte Verabschiedung seitens der gesetzgebenden Körperschaften. Die letzte Umgestaltung der Erwerbslosenunterstützung ist gänzlich unzulänglich. Sie führt zu schimmern Ungerechtigkeiten und Härten. Das zu schaffende Gesetz muß vor allem vorsehen: 1. Für alle Kreise einen rechtlichen Anspruch auf Unterstützung; 2. Besserung der Unterstützungssätze entsprechend der Beitragsleistung ohne Prüfung der Bedürftigkeit und ohne Abstufung nach Orts- und Altersklassen; 3. Kurzarbeiterunterstützung für alle Versicherten.“

Ferner unterstützt die Konferenz die von der Verbandsleitung den Regierungsstellen und Behörden unterbreiteten Forderungen auf Erreichung aller notwendig und zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen zur Verhütung weiterer Erwerbslosigkeit durch Beschaffung vermehrter Arbeitsgelegenheiten. Insbesondere sind die Vorschläge zu beachten auf Behebung der Buntarbeit, mögliche Steuerherabsetzung, Vergebung von Aufträgen durch die Beschäftigtenstellen der Reichswehr, Reichsbahn, Reichspost, Reichspost und den Staatsverwaltungen. Die Bestrebungen zur Sanierung zu hoher Preise sind fortzuführen. Insbesondere wird die Befreiung der Geschäftsaufsicht gefordert zur Bereinigung der Wirtschaft. Die Förderung des Exportes ist durch alsbaldigen Abschluß günstiger Handelsverträge anzustreben.

Die Textilarbeiterkonferenz des Altals beauftragt ferner die badische Bezirksleitung des Zentralverbandes, alle Vorbereitungen zum Abschluß neuer Tarifverträge zu treffen. Die wirtschaftliche Entwicklung nach Stabilisierung der Mark und nach Schaffung eines neuen Zolltarifs und Abschluß einiger Handelsverträge, hat die Unvollkommenheit und Unzulänglichkeit eines Landesstarifs für die gesamte Textilindustrie erwiesen. Entsprechend der unterschiedlichen Produktions- und Absatzverhältnisse, wie der beruflichen Tätigkeit der Arbeiterschaft in den verschiedenen Branchen, sind Branchelohnsätze zu schaffen und immer weiter auszubauen. Nur auf diesem Wege ist den Besonderheiten jeder Branche genügend Rechnung getragen. Damit die Vorbereitungen seitens der Bezirksleitung bald durchgeführt werden können, richtet die Konferenz an die Arbeiterräte das dringende Ersuchen um Klarstellung aller Lohn- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Betrieben durch gewissenhafte Ausfüllung herauszugegebener Fragebogen. Vorbedingung für den Abschluß günstiger Lohnsätze ist der reifliche gewerkschaftliche Zusammenschluß aller badischen Textilarbeiter.“

Heidelberg und der Neckarkanal.

In einer Protesterklärung des Heidelberger Schlossvereins wird erwidert, daß der Reichsverkehrsminister ausdrücklich versprochen habe, eine Denkschrift vorzulegen, in der die veränderten wirtschaftlichen Grundlagen des Neckaranalgebauens nachgeprüft werden sollen. Diese Denkschrift sei nicht erschienen. Trotzdem habe der Reichstag sowohl den Reichsverkehrsausschuß, wie den gesamten Reichstag aufgefordert, für den neu revidierten Kanal zu stimmen. Dies sei dann unter Nichtbeachtung gegebener Versprechungen geschehen. Die Erklärung fährt fort: Unsere begründete Behauptung, daß die ganze Idee des Neckaranal wirtschaftlich verfehlt sei, ist damit amtlich anerkannt worden, daß aus den jüngsten Verhandlungen die Frage der Rentabilität so gut wie ausgeschlossen war. Die Erklärung spricht von einer Politik des Betrugens und Verkaufens und schließt: Wir erheben Anklage und Protest und hoffen, daß die verantwortlichen Regierungsstellen sich noch rechtzeitig besinnen, um Ansturm und Schmach dieser Heidelberger Neckaranalisation abzuwehren.“

1) Durlach, 8. März. (Ehrens.) Der Badische Landwirtschaftliche Verein hat auf Antrag des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins Durlach Veterinärarzt Huber, Bezirksleiterarzt in Durlach, und Zahnarzt Kuppinger in Hohenmetersbach für ihre langjährigen hervorragenden Verdienste um den Fingerauerband und den Landwirtschaftlichen Bezirksverein Durlach die Ehrenmitgliedschaft des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins verliehen.

2) Breiten, 8. März. (Neuer Gemeinderat.) Anstelle des verstorbenen Gemeinderats Vogler wurde der gleichfalls der Demokratie angehörende Sparrastentrichter Willardon in den Gemeinderat gewählt. Willardon war früher schon Mitglied des Bürgerausschusses. Als solches hat er sich mehrfach hervorgetan. Insbesondere ist er einer der besten Kenner der Sparrastentrichterfrage.

3) Keihs (bei Schwetzingen), 8. März. (Feuer.) Gestern Abend ist hier das Anwesen der Witwe Peter Kraus in der Hohenheimerstraße abgebrannt. Der Gebäudeschaden beträgt 7-8000 M. Der Jahresschaden konnte noch nicht ermittelt werden. Das Vieh wurde rechtzeitig in Sicherheit gebracht. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch unbekannt.

4) Heidelberg, 8. März. (Todesfälle.) Am Sonntag starb hier im 49. Lebensjahre der außerordentliche Professor für Chemie an

der Heidelberger Universität, Ernst Mohr. Infolge eines Unfalls bei einem Experiment wurde Professor Mohr 1908 an der weiteren manuellen Ausübung seines Berufes gehindert. Er hat seine Vorkursen in der Wohnung fortgesetzt, vor allem auf dem Gebiet der Stereochemie, in der er eine Reihe hervorragender Arbeiten veröffentlicht hat. Bekannt ist seine Darstellung der Geschichte der Chemie. — Ebenfalls am Sonntag starb der am 21. Februar 1855 in Heidelberg geborene Dr. med. Wilh. Ulrich, der seine Jugend- und Studienzeit in Heidelberg, ferner in Jena und Wien verbracht hat und an der Heidelberger Frauendivision lange Zeit tätig war, bis er die Praxis für einige umliegende Ortschaften der Stadt Heidelberg übernahm. Der Verstorbene gehörte als Zentrumsmittglied dem Bürgerausschuß an und war 43 Jahre Ausschichtsrat der Volksbank, davon 25 Jahre Ausschichtsratsvorsitzender.

5) Sinshem a. d. E., 8. März. (Töblicher Unfall.) In Reichensbach ist der 28jährige, verheiratete Landwirt Friedrich Würfel im Steinbruch tödlich verunglückt.

6) Weiskirchen, 8. März. Bei der Bürgermeisterwahl, an der gestern 1170 Wahlberechtigte teilgenommen haben, wurde Gemeinderat Spiegel mit 35 Stimmen Mehrheit gewählt. Gegenkandidat war Herr Haaf. Im ganzen haben über 90 Prozent der Wähler abgestimmt.

7) Mosbach, 8. März. (Aufnahme eines Anlehens.) Der hiesige Bürgerausschuß hat die Aufnahme einer Anleihe von 90 000 M. beschlossen.

8) Tauberhirschheim, 8. März. (Erweiterung der Aufbauschule.) Das Unterrichtsministerium hat die Angliederung einer Obersekunda an die Aufbauschule genehmigt.

9) Tauberhirschheim, 8. März. (Verminnt.) Der Landwirt Alois Schaub aus Königshofen war am Donnerstag früh auf dem Markt nach Mergentheim gefahren. Von dort ist er abends nicht mehr zurückgekehrt. Man glaubt, daß er auf der kurzen Strecke zwischen Bahnhof und Tauberbrücke in Königshofen in angetrunkenem Zustande von der Straße abgetrieben ist und an einer tiefen Stelle der Tauber den Tod gefunden hat.

10) Lahr, 8. März. (Aus der Stadtratsitzung.) Der Stadtrat beschloß in seiner letzten Sitzung u. a., den Milchhändlern den Verkauf von Milch auch an den Sonn- und Festtagen in der Zeit von 7 bis 1 Uhr ohne Zwischenpause freizugeben. Bisher war dieser Verkauf von 9 bis 11 Uhr an diesen Tagen unterlag. Eine nach dem Umbau des Rathauses entbehrliche Glade wird der evangelischen Kirchengemeinde zur Verwendung für die Christuskirche überlassen. Ferner verlangt die Stadt hinsichtlich der Umgestaltung eines ein hypothekarischen Eintrags. Der Rat beschloß weiterhin eine Hauptlehrerstelle an der Volksschule dem Hauptlehrer Heinz Schultze aus Forstheim zu übertragen und die durch den Bürgerausschuß in der letzten Sitzung zur Verbesserung des Feuerzweckes genehmigte Anschaffung einer Kraftwagenpumpe mit Abpfeiler zu stellen.

11) Altdorf (A. Labr), 8. März. (Goldene Hochzeit.) Die Eheleute Alois Sunn feierten im Welsch ihrer zahlreichen Kinder und Enkel ihre goldene Hochzeit.

12) Ehrberg bei Zell i. B., 8. März. (Ein Doppelwohnhaus niedergebrannt.) Gestern Abend kurz nach 9 Uhr brannte hier das Doppelwohnhaus der Familien Gebhardt Kaufmann und Emil Stahle bis auf den Grund nieder. Von den Fahrnissen konnte so gut wie nichts gerettet werden. Das Vieh und ein Teil des Hühnerbestandes konnten dem Feuer noch entzogen werden, während vier Schweine in den Flammen umliefen. Da das Haus einen zum Räuchern hervorragenden geeigneten Kamin besaß, in dem ein Teil der Bewohner Fleischwaren zum Räuchern aufhängt hatte, haben viele Einwohner den Verlust von Fleischwaren zu beklagen. Verbrannt sind 30 Speckseiten.

13) Steinach, 8. März. (Unfall.) Im nahen Mühlbach erregte sich am Freitag ein Unglücksfall, dem das zweijährige Entlein des Kaffschreibers Bollmer zum Opfer fiel. Man vermutet, daß das Kind durch Bergelange einer Vergiftung erlag.

14) Bonndorf, 8. März. (Brand.) Am Sonntag früh brannte das Anwesen des Christian Kuhmaul völlig nieder, wobei wertvolle Einrichtungen und die Vorräte der Scheuer ein Raub der Flammen wurden. Der Besitzer soll nur ungenügend versichert sein.

15) Mundelfingen, 8. März. (Eingemeindungsfrage.) Unter dem Vorsitz des Landrats Böhrle von Donaueschingen fanden hier Verhandlungen wegen Eingemeindung von Mellingingen nach Mundelfingen und der Stahlfabrik Ueberachen in die Gemeinde Ewalingen statt. Ewalingen erklärte sich bereit, die Nachbargemeinde Ueberachen aufzunehmen, dagegen zeigte Mundelfingen keine Neigung, Mellingingen mit seinem geringen Waldbesitz aufzunehmen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

16) Heudorf (Amt Stodach), 8. März. (Unfall.) Die Frau des hiesigen Kreuzwärters wurde, als sie eine Liege schliefen wollte, von einem rückwärtsfahrenden Auto erfaßt und überfahren. Sie wurde schwer verletzt.

Gerichtszeitung.

17) Friesenheim (Amt Labr), 8. März. (Der teure Weihnachtsbraten.) Recht teuer kommt einem hiesigen Landwirt ein Weihnachtsbraten — ein Häseln — zu stehen, das er ohne Jagdopfer geflohen hatte. Das Amtsgericht Labr verurteilte ihn zu drei Wochen Gefängnis und zu den nicht unbedeutenden Kosten des Verfahrens. Außerdem wurde sein Gewehr beschlagnahmt.

Aus den Nachbarländern.

18) Annweiler, 8. März. (Der 3. Bürgermeister.) Der Stadtrat hat einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Wahl des dritten Bürgermeisters abgelehnt und einen Antrag, den Punkt zurückzustellen, bis die Beamteneinführung erledigt gefunden habe, mit 11 gegen 10 Stimmen zum Beschluß erhoben.

19) Biberach (Württemberg), 8. März. (Münzverbrechen.) Die städtische Polizei hat den Italiener Luigi Maniango, wohnhaft in dem nahen Oberhöfen, wegen Münzverbrechens festgenommen. Maniango hatte in der Lenne seines Wohnhauses in Oberhöfen eine selbst gefertigte Hartgelpresse mit einem Fallhammer von ungefähr 1 Zentner Gewicht aufgestellt, mit der er die Prägung von Metallgeld vornahm. Bei der Hausdurchsuchung fand sich eine Menge Material, das zur Herstellung von Zweimarkstücken und 20-Schweizerfrankenstücken dienen sollte. Außerdem waren Probestücke von 2-Markstücken geprägt. Auswärtige Graveure stellten die erforderlichen Stempel in sachmännischer Weise zu den Fälschungen her. Die Graveure sind gleichfalls ermittelt und in Untersuchung gezogen worden.

9 Tage Schnupfen.

Es wird behauptet, der Schnupfen dauere 9 Tage und verschwinde dann von selbst. Jede Behandlung sei zwecklos. Das ist ein Aberglauben. Den Schnupfen kann man oft in einigen Stunden los werden mit Forman.

Forman schafft sofort Luft; Schleimabsorption, Brennen, Anschwellung hören auf und damit auch die Kopfschmerzen und die Benommenheit. Forman erhalten Sie in allen Apotheken und Drogerien. Verlangen Sie nicht „ein Mittel gegen Schnupfen“, sondern verlangen Sie klar und deutlich „Forman“ eine Dose für 60 Pfennig.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 9. März 1926.

Deutscher Jugend Kampf gegen deutsche Not.

Die vereinigte hiesige Evangelische Jugend trat am Sonntag den 7. März abends 8 Uhr im Saal Adlerstr. 23 mit einer imposanten Kundgebung vor die Öffentlichkeit. Ueber das Thema: Deutscher Jugend Kampf gegen deutsche Not sprach Herr Sekretär Edler-Mondbach.

Am 2. Teil zeigte der Redner dann die schöne Arbeit, welche im Monbachtal (zwischen Bad Liebenzell und Forzheim) seit 1919 entstanden ist und sonderlich der Jugend des südwestlichen Deutschland zugute kommt.

Todesfall. Ein allseitig geschätzter Karlsruher Geschäftsmann, Zimmermeister Frh. Höfel, Inhaber eines bekannten Zimmergeschäftes ist plötzlich hier gestorben.

Seinen 60. Geburtstag feiert heute Herr Medizinermeister Ludwig Klippel, ein hiesiger Handwerksmeister.

Lebensmüde. Gestern vormittag machte eine in der Südstadt wohnende 51 Jahre alte Frau in Abwesenheit ihres Mannes einen Selbstmordversuch.

Schwerer Verkehrsunfall. In der Nacht vom Sonntag zum Montag rannte ein beletztes Personenauto mit voller Wucht gegen das Eck Adler- und Kaiserstraße stehende Transformatorhäuschen.

Die Malermeistervereinigung Karlsruhe e. B. hielt ihre diesjährige Generalversammlung im „Landsnied“ ab. Der Vorsitzende, Malermeister Glaser gebachte zunächst der im Laufe des vorigen Jahres mit Tod abgegangenen Mitglieder Joseph Hedler und Jakob Drollinger.

He Konzert des Sängerkwartetts Karlsruhe-Süd. Das zweite öffentliche Hervortreten im Rahmen eines Konzertes, das ausschließlich Werke Karlsruher Komponisten vermittelte, brachte dieser jungen Vereinigung neben einem dicht besetzten Saal einen nachhaltigen Erfolg.

Die Wohnungsnot in Karlsruhe vor 100 Jahren.

Nach dem Lunzweiler Frieden (1801) und dem großen Landwuchsbadens im Jahre 1803 war die Einwohnerzahl Karlsruhs lebhaft gestiegen, die Wohnungsnot dadurch aber dermaßen fühlbar geworden, daß man unverzüglich an die Eröffnung neuer Wohngebiete und deren Bebauung herantreten mußte.

Von den Bebauungsplänen Weinbrenners ausgehend ließ dann Großherzog Karl Friedrich, der schon seit seinem Regierungsantritt bemüht gewesen ist, auf ein würdiges Aussehen der Gebäude hinzuwirken, im Jahre 1804 die sogen. Baugnade wieder in Kraft treten und zugleich Bestimmungen aufstellen, die eine gebiegene Bauweise bezweckten.

Gemäß der ersten Baugnade (1804-1810) erhielt der Bürger für die Errichtung eines zwei-, drei- oder vierstöckigen Hauses in der Langen Straße für 1 Fuß Fußabendlänge 10, 15 und 20 Gulden; in der Stadt für ein einstöckiges Gebäude nach einem ordentlichen Modell auf einem leeren Platz 2 Gulden mehr; in den Nebenstraßen nach dem Schloße für den Neubau anstelle eines alten ein- oder zweistöckigen Hauses 8 Gulden.

Die Kleintänzerbühne Elefanten hat sich unter der rührigen Direktion August Antis für den Märzmonat ein äußerst gebiegenes, geschmackvolles Kabarettprogramm gesichert!

Vorhänge der Beranffalter.

Badisches Landestheater. Heute Dienstag, den 9. März, findet eine Wiederholung von Puccinis erfolgreicher Oper Manon Lescau statt. Diesmal singt Hete Stedert die Partie der Manon.

Deutsch-Oesterreichische Anstalt für Jugendbildung. Wir weisen auf das Inserat in dieser Nummer unserer Zeitung hin, wonach heute, Dienstag, den 9. d. M., abends 6 Uhr, im neu ausgetasteten Bürgeraal des Rathhauses eine Besprechung der Vorstände der sämtlichen hiesigen Vereine, Verbände und sonstigen Organisationen ohne Unterschied der Partei und Konfession stattfindet.

Kant-Gesellschaft. Am 10. März, abends 8 Uhr, tritt im Klubsaal der Societät Professor Dr. Utis, Universität Halle, über „Das Wesen der Charakterologie“. Professor Utis, früher vor allem als Rechtswissenschaftler bekannt, wo er sich durch sein großes Werk zur Grundlegung der Anthropologie einen Namen gemacht hat, darf als Bahnbrecher auf dem Gebiet einer wissenschaftlichen Charakterologie gelten.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Todesfälle. 5. März: Wilhelm D. e. d., 69 Jahre alt, Ehefrau vor Carl D., Zementarbeiter. — 6. März: Friedrich B. d. r., 8 Monate 8 Tage alt, Vater: Otto B. d. r., Tagelöhner; Frieda B. u. a., 49 Jahre alt, Ehefrau von Ferdinand B. u. a., Maler. — 7. März: Adam G. r. e. l. e. r., 79 Jahre alt, Vater: Alois S. e. h. w. a. b., 8 Monate 6 Tage alt, Vater: Eugen Schwab, Schuhmacher; Geora Stoll, Chem., 49 Jahre alt, Registrator; Nina B. u. d. e. r. l. e., 53 Jahre alt, ohne Beruf; Magdalena M. e. r. z., 88 Jahre alt, Witwe von Johann M. e. r. z., Färber; Maria A. n. d. r. e. s., 77 Jahre alt, Witwe von Jakob A. n. d. r. e. s., Oberpostkassier; Magdalena R. a. n. z. m. a. n. n., ledig, 41 Jahre alt, Putzfrau; Friedrich S. o. f. e. l., Chem., 77 Jahre alt, Zimmermeister. — 8. März: Anna S. e. n. a., ledig, 47 Jahre alt, Arentenschwester a. D.

Hatte Weinbrenner so für eine einheitliche Bauweise großen Stils Grundlagen geschaffen, wie sie zu seiner Zeit kaum vorbildlicher zu denken waren, so unterließ er nicht, das schon bestehende Stadtbild stilvoll durchzubilden.

Seine Hauptabsicht ging vor allem aber auf eine Umgestaltung der Langen Straße, der Hauptverkehrsader der Stadt, die durch ihr unrühmliches Aussehen vor allen anderen unangenehm auffiel. Der Ausführung seiner Pläne scheinen sich jedoch allerhand Schwierigkeiten, vor allem finanzieller Art, in den Wege gestellt zu haben.

In den folgenden Jahren flockte in Karlsruhe wie auch überall im Lande die private wie öffentliche Bautätigkeit infolge der durch die Napoleonischen Kriege verursachten ungünstigen Verhältnisse. Im Jahre 1825 machte dann Weinbrenner den Vorschlag, den südwestlichen Stadtteil von Karlsruhe gartenstädtlich auszubauen, um dem dringenden Bedürfnis Rechnung zu tragen, der ärmlichen Stadtbewohner gesunde und billige Wohnungen zu beschaffen.

Turnen * Spiel * Sport.

Pokalspiel.

Sp. A. Frankfurt — Sp. B. Griesheim 6:2

Privalspiele.

- Phönix Mannheim — Borussia Neunkirchen 1:0
Phönix Ludwigshafen — 1. FC. Nürnberg 0:2
Sp. G. Stuttgart — Wacker München 2:2
Mainz 05 — VfB. Stuttgart 2:4
VfR. Schweningen — Viktoria Untertürkheim 2:2
T. Sp. B. Münster — Jahn Stuttgart 3:3
Schwaben Ulm — München 1860 6:2
VfR. Fürtz — Franken Nürnberg 7:2
F. C. Fürtz — Eintracht Nürnberg 5:0
1. F. C. Bayreuth — WSB. Nürnberg 5:1
1. F. C. Bayreuth — VfR. Fürtz 0:2
Hanau 93 — F. V. Saarbrücken 3:1
Sp. B. Wiesbaden — Ludwigshafen 0:3
Eintracht Frankfurt — Normania Worms
Kickers Offenbach — Kurheffen Kassel 4:3
F. B. Ludwigen — Sports. Tübingen 4:3

Handball.

Polizeisportverein Heidelberg Handballmeister des badischen Landesverbandes für Leichtathletik.

Polizeisportverein Heidelberg — Phönix Mannheim 3:0 (0:0).

Am gestrigen Sonntag fand auf dem neutralen Platz von Gertraud-Friedrichsfeld das Entscheidungsspiel um die Badische Handballmeisterschaft zwischen Phönix Mannheim und Polizeisportverein Heidelberg statt.

Nach Halbzeit machte sich immer mehr eine Ueberlegenheit von Heidelberg bemerkbar. Während Phönix auch weiterhin den Fehler machte, den Ball zu spät abzugeben, war Heidelberg bestrebt, den Ball möglichst schnell und sicher abzupielen.

Schwimmsport.

Is. Die Amerikastarts der deutschen Schwimmer. Abseits vom Getriebe der Millionenstadt Newyork haben die deutschen Schwimmer Erich Rademacher und Gustav Frölich unter Leitung ihres Betreuers R. Behrens ihr Trainingsquartier in der kleinen Universitätsstadt Newhaven aufgeschlagen.

Beischäftliche Mitteilungen.

Wir möchten nicht veräumen, alle Drucksende auf die in der heutigen Nummer erscheinende Anzeige der Firma: Dr. Ludwig A. Reichard, Badens, Mannheim-Lindhof, zu verweisen, die das besonders beachtete Dr. Reichard's Buchdruckband herstellt und deren Vertreter sich nur kurze Zeit hier aufhalten kann.

Nach langem, schweren Leiden verstarb heute morgen 4 Uhr

Forstmeister a. D.

Otto Mühlhäußer

im Alter von 67 Jahren.

Wertheim, den 7. März 1926.

Im Namen der Hinterbliebenen:

W. Mühlhäußer, fürstl. Forstmeister.

Die Bestattung findet am Dienstag, den 9. März, 1/5 Uhr, vom Trauerhause, Bismarckstraße 29, aus statt.



Unterfertigt erfüllt hiermit die traurige Pflicht, ihre lb. A. H. A. H. l. A. B. u. A. B. B. von dem Abieben ihres lb. A. H.

Carl Knappschneider

Fabrikdirektor, Kirchheim-Teck

aktiv 1900

geszemand in Kenntnis zu setzen.

KARLSRUHE, den 8. März 1926.

Frühe Landmannschaft Mariomannia

I. A. L. Six x F.V.

Statt besonderer Anzeige.

Freunden und Bekannten machen wir die Mitteilung, daß unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Marie Andres

geb. Raab

heute Nacht im 78. Lebensjahr sanft verschieden ist.

KARLSRUHE, 8. März 1926.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Maria Müller, geb. Andres.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. März, nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

B5678

Trauerbriefe und Dankungskarten werden rasch und sauber angefertigt in der Druckerlei Ferd. Zehrgarten.

Zwangs-Versteigerung.

Mittwoch, den 10. März 1926, nachmittags 2 Uhr, werde ich im Pfandlokal, Herrenstr. 45a, hier, gegen bare Zahlung im Vollstreckungsweg öffentlich versteigern:

1 Sofa mit Umbau,

2 Tische, 1 Chaiselongue,

1 Schreibmaschine mit Tisch,

2 Kolladenstühle,

4 Schreibstühle, 1 Kasten-Schrank,

1 Teppich, 4272

Karlsruhe, den 8. März 1926.

B5671

Freiheits, Gerichtsvollzieher.

Automatenarbeit

für Passon-Hollen, 12 mm Durchmesser, in großer Menge fortlaufend gefertigt zu verkaufen. Preis, 100,- pro 1000 Stück. Vorbestellung 1/12.

Steinrentner, sehr lebend, forschl., bietet edle Menschen um warmen Mantel. Angeb. u. Nr. 34036 an die Bad. Pr.

Verloren

Schirm

Sonntag zw. 4-5 Uhr im Ballenpark verloren. Abzugeben gegen Belohnung. Offenbr. 6, part. Bieder. B5620

Verloren

ein gold. Herren-Uhrfett. Da Ansehen hohe Belohnung. Abzugeben. Wendenstr. 3, IV. B5643

Gefunden

Geldtäschchen

gefunden, Badstr. 39, 4. Etod. B2627

Zwangsversteigerung.

Mittwoch, den 10. März 1926, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe, Herrenstr. 45a, gegen bare Zahlung im Vollstreckungsweg öffentlich versteigern:

ein größerer Vollen Kolonialwaren, Zuderwaren, Schokolade, Reis, Ölkuchen, Eier, dergl. mehr. Ferner 5 Jentner Malzstosse u. 2 Jentner Saier-Hoden, 5 Häher und sechs Hühner.

Versteigerung voranschläglic bestimmt Karlsruhe, den 7. März 1926.

Bötter, Gerichtsvollzieher.

Stamm- und Nutzholz-Versteigerung

Die Gemeinde Wöllingen versteigert am Donnerstag, den 11. März 1926, mit Zusammenkunft um 12 Uhr beim Rathaus aus dem Gemeindegeld: 77 Rm. Borlen I. und II. Klasse; 30 Rm. Eichen IV. und V. Klasse; 2 1/2 Rm. Esbeer; 1 1/2 Rm. Birken; 6 Rm. Buchen; 6 Rm. Eichen und 12 Ster Nutzholz.

Wöllingen, den 5. März 1926.

Bürgermeisteramt. Wagner.

Stamm- und Nutzholz-Versteigerung

Die Gemeinde Wöllingen versteigert am Donnerstag, den 11. März 1926, nachm. 1/2 Uhr, Zusammenkunft beim Rathaus, folgendes:

I. Eichen, 17 St. III. Kl. 20,78 Festmeter; 14 St. IV. Kl. 9,43 Festmeter; II. Borlen, 28 St. III. Kl. 44,61 Festmeter; 29 St. IV. Kl. 27,34 Festmeter; III. Kasten, 5 St. VI. Kl. 1,05 Festmeter.

Autoverbindung 1/12 Uhr ab Karlsruhe bei Hof in Turlach ist bereitgestellt.

Der Gemeinderat. 5620

Salzständer-Bilder

Preiswert. Bilder für alle Räume. Einrahmung. Salzin Ständers Kunsthandlung, Kaiserstr. 38.

Amliche Anzeigen

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe der Steuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer für 1925 und 1924/25.

Die Steuererklärungen zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer sind in der Zeit vom 11. März bis 27. März 1926 unter Benutzung der vorgeschriebenen Formulare wie folgt abzugeben:

I. Einkommensteuer und Körperschaftsteuer.

Zur Abgabe einer Steuererklärung für die Einkommensteuer sind verpflichtet:

- 1. Steuerpflichtige, deren Einkommen im Kalenderjahr 1925 den Betrag von 8000 RM übersteigt;
2. Steuerpflichtige, die lediglich steuerabzugsfähige Einkünfte (Arbeitslohn oder Kapitalerträge) von nicht mehr als 8860 RM bezogen haben, brauchen eine Erklärung nicht abzugeben;
3. ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens Steuerpflichtige, bei denen der Gewinn auf Grundlage des Abschusses ihrer Bücher zu ermitteln ist.

II. Körperschaftsteuer.

Zur Abgabe einer Steuererklärung für die Körperschaftsteuer sind verpflichtet:

- 1. steuerpflichtige Körperschaften;
2. alle übrigen steuerpflichtigen Körperschaften und Vermögensmassen des bürgerlichen Rechts;
3. steuerpflichtige Betriebe und Verwaltungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts und öffentliche Betriebe und Verwaltungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, soweit ihre Steuerpflicht schon nach den Vorschriften des bisherigen Körperschaftsteuergesetzes begründet war;
4. öffentliche Sparkassen, die sich nicht auf die Pflege des öffentlichen Sparwesenverkehrs beschränken.

III. Umsatzsteuer.

Ohne Rücksicht auf die unter I und II bezeichneten Einschränkungen ist eine Einkommensteuererklärung abzugeben bei der Erfüllung von:

- a) Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau u. sonstiger nicht gewerblicher Bodenbewirtschaftung;
b) einem Gewerbebetrieb, d. h. einer offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft;
c) sonstiger gewerblicher Berufstätigkeit;
d) Vermietung und Verpachtung von unbeweglichem Vermögen.

IV. Die Erklärung zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer ist abzugeben:

- a) von den Pflichtigen, die nach dem Kalenderjahr 1925, für das Kalenderjahr 1925;
b) von buchführenden Pflichtigen, die regelmäßig Abschlässe machen und für Wirtschaftsjahr in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres (1. Juli 1925 bis einschließlich 31. Dezember 1925) abgeschlossen haben, für das Wirtschaftsjahr 1924/25 oder 1925;
2. Pflichtige (insbesondere Landwirte), deren Steuerabschnitt in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1925 geendet hat und die deshalb schon verlangt worden sind, haben eine Steuererklärung nicht abzugeben.
3. Die Erklärung zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer ist bei dem Finanzamt abzugeben, in dessen Bezirk die zu I bezeichneten Steuerpflichtigen ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt, die zu II und III bezeichneten Pflichtigen den Ort der Leistung haben. Im letzteren Falle, wenn ein Wohnsitz, noch ein dauernder Aufenthalt, noch ein Ort der Leistung gegeben, so ist die Steuererklärung beim Finanzamt abzugeben, in dessen Bezirk das Unternehmen betrieben oder ständig vertreten wird oder die Tätigkeit vorwiegend ausgeübt wird oder Vermögensgegenstände sich befinden.

B. Umsatzsteuer.

1. Zur Abgabe einer Umsatzsteuererklärung sind verpflichtet:

- a) alle buchführenden Umsatzsteuerpflichtigen, die regelmäßig Abschlässe machen;
b) die übrigen Umsatzsteuerpflichtigen, wenn ihr Umsatz weder ein Wohnsitz, noch ein dauernder Aufenthalt, noch ein Ort der Leistung gegeben, so ist die Steuererklärung beim Finanzamt abzugeben, in dessen Bezirk das Unternehmen betrieben oder ständig vertreten wird oder die Tätigkeit vorwiegend ausgeübt wird oder Vermögensgegenstände sich befinden.

II.

1. Die Umsatzsteuererklärung ist abzugeben:

- a) von den Umsatzsteuerpflichtigen, die nach dem Kalenderjahr 1925, für die Umsätze des Kalenderjahres 1925;
b) von den buchführenden Gewerbetreibenden, die regelmäßig Abschlässe machen, für die Umsätze vom 1. Januar 1925 bis zum Schluss ihres im Kalenderjahr 1925 endenden Wirtschaftsjahrs;
c) von den buchführenden Landwirten für die Umsätze ihres in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres 1925 endenden Wirtschaftsjahrs 1924/25.

2. Die Umsatzsteuererklärung ist bei dem Finanzamt abzugeben, in dessen Bezirk die Umsatzsteuerpflichtigen:

- a) wenn sie wegen ihrer gewerblichen Tätigkeit, einschließlich der Uterzeugung, steuerpflichtig sind, das Unternehmen betreiben. Bei mehreren Niederlassungen oder Geschäftsstellen eines rechtlich in einer Hand befindlichen Unternehmens ist der Ort der Leistung des Unternehmens maßgebend;
b) sonst, wenn einer gewerblichen Tätigkeit steuerpflichtig sind, ihren Wohnsitz oder gewerblichen Aufenthalt haben;
c) wenn weder ein Wohnsitz noch ein gewerblicher Aufenthalt gegeben, so ist die Steuererklärung beim Finanzamt abzugeben, in dessen Bezirk das Unternehmen ständig vertreten oder die Tätigkeit vorwiegend ausgeübt wird.

C. Gemeindefiskal.

1.

Die nach A und B zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten haben die Steuererklärung auch dann abzugeben, wenn ihnen ein Vorwand nicht angelandt wird; die übrigen Steuerpflichtigen haben eine Steuererklärung abzugeben, wenn sie hierzu vom Finanzamt besonders aufgefordert werden.

II.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verlässt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der festgesetzten Steuer auferlegt werden.

III.

Die Stinterziehung oder der Verlust einer Stinterziehung der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer oder Umsatzsteuer wird bestraft. Auch ein fahrlässiges Abgeben gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird bestraft.

Karlsruhe, den 6. März 1926. 4266

Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt - Karlsruhe-Land und Ettlingen.

Die Fleisch- u. Wurstlieferungen

für eine größere Speisemahl (Monatsbedarf) ca. 800 kg unter 1. Qualität sind für die Zeit vom 1. März bis 30. Juni neu zu vergeben. Angebote unter Nr. 54018 an die „Badische Presse“ erbeten.



Originalgrösse

eines Päckchens WRIGLEY P.K.-Kau-Bonbons - man kann sie bequem in der Westentasche tragen.

Diese aus den besten Rohmaterialien hergestellten einzigartigen Kau-Bonbons reinigen Mund und Zähne; sie verleihen dem Atem dauernd angenehmes Aroma, wirken appetitanregend und fördern die Verdauung.

Von vielen Aerzten und Zahnärzten empfohlen!

Päckchen - 4 Stück - 10 Pf. Ueberall erhältlich



WRIGLEY AKTIEN-GESELLSCHAFT, FRANKFURT A.M.

Stadtpark-Jahreskarten.

Für die Zeit vom 1. April 1926 bis 31. März 1927 werden Jahreskarten zu folgenden Preisen ausgeben: Dauerkarte 12 RM, Besizer 6 RM, Rentnerkarte 2 RM 50 Pf., Schülerkarte und Studentenkarte je 4 RM, Kinderkarte je 2 RM. Karten für Studierende und Schüler werden ausgeben auf Vorlage amtlicher Bescheinigung, für Lehrlinge auf eine Bescheinigung des Lehrherrn und für Klein- und Sozialrentner und Personen, die in öffentlicher Verpflegung stehen, sowie Kriegsoberbeschädigte auf Vorlage einer Bescheinigung des zuständigen Verpflegungsausschusses. Die Inhaber von Schuldverschreibungen des Bad. Vereins für Geschäftsaufbau erhalten, wie bisher, eine Dauerkarte und bis zu 3 Besizerkarten auf Vorlage der Schuldverschreibungen. Kinder von Jahreskarteninhabern können bis zum Alter von 6 Jahren frei eingeführt werden. Bestellungen auf Jahreskarten wollen bei den beiden Einnehmern am nördlichen und südlichen Eingang der Stadtpark-Schuldbücherei jedoch nur am südlichen Eingang aufgegeben werden. Die Gültigkeit der Karten beginnt mit dem Vönnungstage. 4249



Stammholz- und Stangen-Versteigerung

Die Gemeinde Muggensturm (Amt Rastatt) versteigert am Mittwoch, den 10. März 1926, vormittags 11 Uhr, in ihrem Gemeindegeld Eichelberg nachbenannte Hauptstämme: 180 Borlen- und Lärchenstämme II. u. III. Kl., 90 Buchen II. Klasse, 85 Doppelstämme I. Klasse, 160 " II. Klasse, 185 " III. Klasse, 200 Buchen I. Klasse, 405 " II. Klasse, 440 Buchenstämme. Zusammenkunft vormittags 10 Uhr beim Rathaus. Der Gemeinderat. Schäfer. 535a

Welche edelsteifende

Fräulein, 31 J., mit 11 Mädchen u. 4 J. wünscht die Bekanntschaft eines bes. Alt. Herrn anzu-

Heirat

zu machen. Nur ernstgemeinte Angebote unter Nr. 34075 an die „Bad. Presse“ erbeten.

Heirat!

Frl., mit Vermögen, v. angen. Jahren, wünscht sich mit Herrn im Alter zwischen 30 u. 40 Jahren zu verheiraten. Am liebsten Beamter od. besserer Geschäftsmann. Angebote unter Nr. 34099 an die „Badische Presse“.

Kapitalien

30 000 Mk. in kleineren Posten auf gute Biele, evtl. auch landl. Objekte an erster Stelle zu vergeben. Angebote unter Nr. 3006 an die „Badische Presse“.

500 Mark

an fast freier Grundstücke zu leihen gegen Angebote u. Nr. 34089 an die „Badische Presse“.

300 Mark

gegen gute Sicherheit u. Zins. Angebote u. Nr. 34047 an die „Badische Presse“ erbeten.

200 Mark

von Herrn in 100 Zett. gegen gute Sicherh. und Zins get. Angeb. u. Nr. 114020 an die Bad. Pr.

